

**W  
I  
P**

*Susanne Blancke / Horst Hedrich / Josef Schmid*

## **Bundesländer-Benchmarking 2002**

**Wirtschaft und Politik**

*Occasional Papers des Arbeitsbereichs  
Politische Wirtschaftslehre und Vergleichende Politikfeldanalyse*

**WIP Occasional Paper Nr. 19 – 2002**

**EBERHARD-KARLS-UNIVERSITÄT TÜBINGEN**

**INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT**

**ABTEILUNG INNEN-UND EG-POLITIK UND POLITISCHE THEORIE**

SCHWERPUNKT POLITISCHE WIRTSCHAFTSLEHRE UND VERGLEICHENDE POLITIKFELDDANALYSE

---

Universität Tübingen  
Institut für Politikwissenschaft  
Schwerpunkt Politische Wirtschaftslehre und Vergleichende Politikfeldanalyse  
Melanchthonstrasse 36  
D-72074 Tübingen  
Tel.: ++49 / (0)7071 / 29 72 92 6  
Fax: ++49 (0)7071 / 29 24 17  
<http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/polwihp.htm>

©Tübingen, 2002  
Susanne Blancke, Horst Hedrich, Josef Schmid

# Inhaltsverzeichnis

	<b>Abstract .....</b>	<b>2</b>
	<b>Bundesländer-Benchmarking 2002.....</b>	<b>3</b>
<b>1</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Benchmarking - Begriffe, Konzepte und angewandte Methode.....</b>	<b>4</b>
2.1	Konzeptionelle Grundlagen .....	4
2.2	Fälle und Formen der Anwendung .....	6
2.3	Benchmarking durch die Radar-Chart Methode.....	9
<b>3</b>	<b>Studie I Das Wichtigste in Kürze: Kombiniertes Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-Benchmarking .....</b>	<b>11</b>
<b>4</b>	<b>Studie II Arbeitsmarkt-Benchmarking 1998 und 2001.....</b>	<b>16</b>
4.1	Skizze der zur Analyse herangezogenen Arbeitsmarktindikatoren .....	16
4.2	Benchmarking der Einzelindikatoren.....	17
4.2.1	Arbeitslosigkeit.....	17
4.2.2	Erwerbsbeteiligung.....	18
4.2.3	Langzeitarbeitslosigkeit.....	20
4.2.4	Frauenarbeitslosigkeit.....	22
4.2.5	Jugendarbeitslosigkeit.....	24
4.3	Zusammenfassung und Gesamtdarstellung: Arbeitsmarkt-Benchmarking.....	26
<b>5</b>	<b>Studie III Wirtschafts-Benchmarking 1998 und 2001.....</b>	<b>33</b>
5.1	Skizze der zur Analyse herangezogenen Indikatoren .....	33
5.2	Ökonomische Performanz: Benchmarking der Einzelindikatoren.....	34
5.2.1	Bruttowertschöpfung.....	34
5.2.2	Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe.....	35
5.2.3	Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsgewerbe.....	36
5.2.4	Sozialhilfequote.....	37
5.2.5	Investitionen.....	38
5.2.6	Insolvenzen.....	40
5.3	Zusammenfassung und Gesamtdarstellung. Wirtschafts-Benchmarking.....	41
	<b>Literatur.....</b>	<b>50</b>

### ***Abstract***

Das Bundesländer Benchmarking 2002 basiert auf einer Untersuchung ausgewählter Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsindikatoren in den deutschen Bundesländern. Hierfür wurden drei Benchmarkings nach der Radar-Chart Methode vorgenommen: Eines welches alleine Arbeitsmarktindikatoren betrachtet; eines, welches alleine Wirtschaftsindikatoren betrachtet; und eines welches gemischte Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsindikatoren beleuchtet. Verglichen wurden die Länder untereinander im Querschnitt zu zwei Zeitpunkten – 1998 und 2001. Gleichzeitig wurde im Längsschnittvergleich die Veränderung der Positionen der Länder im Benchmarking verglichen. Deutlich wird insbesondere die relativ gute Position der süddeutschen Bundesländer und die schlechte ökonomische und arbeitsmarktliche Situation der ostdeutschen Länder. Wie auch schon in vorangegangenen Benchmarkings zeigt sich auch bei diesem eine relative Stabilität der Länderpositionen im Zeitvergleich:

# Bundesländer-Benchmarking 2002

Susanne Blancke, Horst Hedrich, Josef Schmid

Universität Tübingen

## 1 Einleitung

Die Bundesländer unterliegen in Deutschland einer ambivalenten Beurteilung: Einerseits stehen sie in hohem Maße im Schatten des Bundes, den Landesregierungen sind in vielerlei Hinsicht die Hände gebunden, die wichtigsten Kompetenzen liegen beim Bund und die Öffentlichkeit nimmt sie nur sehr begrenzt wahr. Einem ausgeprägten Wettbewerbsföderalismus, so wird zurecht behauptet, stehen immense institutionelle Restriktionen entgegen. Die Reformdebatte wird entsprechend auch von jenen Stimmen dominiert, die eine höhere finanzielle und legislative Autonomie der Länder fordern (vgl. z.B. Arndt 2000). Andererseits sind die Länder, bzw. ihre Regierungen, durchaus in der Lage, wichtige ökonomische Parameter durch ihre Politik längerfristig zu beeinflussen – etwa durch den gezielten Einsatz finanzieller Ressourcen in der Innovations- und Technologieförderung, der Mittelstandsförderung, in der Infrastruktur, der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und im Bildungswesen. Und vor allem herrscht durchaus mehr Heterogenität als oftmals unterstellt (vgl. auch Schmid / Blancke 2001; Blancke 2002).

Diese Beobachtungen haben wir 2001 zum Anlass genommen, die Bundesländer einer näheren Betrachtung zu unterziehen und ihre Performanzindikatoren im Rahmen eines Benchmarkings zu vergleichen (Blancke / Lindlohr / Schmid 2001). Damit sollte die Heterogenität der Lebensverhältnisse sowie die der ökonomischen und arbeitsmarktlichen Leistungsfähigkeit in Deutschland illustriert und schließlich eine Voraussetzung für die Analyse der Landespolitiken und ihrer Wirkungsweise geschaffen werden. Unter der Fragestellung „Wer führt?“ wurde ein Ranking der Länder anhand ausgewählter und standardisierter Indikatoren aufgestellt (zum Konzept und zur Methode vgl. Abschnitt 2).

Mit der vorliegenden Studie wird nun das zweite Bundesländer-Benchmarking vorgelegt. Neben der Aktualisierung der Daten (das erste Benchmarking betraf die Jahre 1993 und 1998 bzw. 1999, das vorliegende die Jahre 1998 und 2001) wurden einige methodische Modifikationen und Anpassungen vorgenommen (vgl. Abschn. 2). Dadurch sind die Rankings nicht uneingeschränkt vergleichbar; in künftigen Untersuchungen soll dies gewährleistet werden.

Wenngleich die Leistungsfähigkeit der Länder mit einem solchen Benchmarking gut abge-

bildet werden kann, so ist doch vor voreiligen Schlussfolgerungen, die Kausalzusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Performanz und Staatstätigkeit herstellen, zu warnen. Vielmehr muss berücksichtigt werden, dass die Länderregierungen mit äußerst unterschiedlichem „Material“ arbeiten. Sie operieren im Rahmen stark divergierender, über Jahrzehnte herausgebildeter Wirtschaftsstrukturen und sehr spezifischer Problemlagen – man denke alleine an die besondere Situation in Ostdeutschland oder die sehr unterschiedliche Größe der Bundesländer. Hinzu kommt, dass makroökonomische Parameter, etwa das Steuersystem, die bundesstaatliche Haushaltslage, Bundesprogramme, Lohnpolitik oder die Weltkonjunkturlage ebenfalls (und aufgrund der divergierenden Wirtschaftsstrukturen zum Teil in ganz unterschiedlicher Weise) auf die Länder und Regionen wirken. All diese Umstände erlauben kaum Rückschlüsse auf die Leistungen der kurzfristigen Regierungstätigkeit. Dennoch lohnt sich auf der Basis des Benchmarkings ein Blick auf die Musterländer: Was sind die Ursachen ihrer besonderen Stärke? Können in anderen Ländern ähnliche Bedingungen geschaffen, d.h. kann von den Nachbarn gelernt werden? Oder sind die Erfolgsrezepte nicht übertragbar? Und für die schwächeren Länder stellen sich ähnliche Fragen. Mit der Identifikation der spezifischen Schwächen ist der erste Schritt getan, um die Ursachen zu erkennen, die Schwäche zu interpretieren und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

## **2 Benchmarking – Begriffe, Konzepte und angewandte Methode**

### **2.1 Konzeptionelle Grundlagen**

Das Konzept des Benchmarking als Steuerungsmethode entstammt dem privatwirtschaftlichen Management und ist eine spezifische Methode des Vergleichs mit Hilfe von Kennzahlen (Benchmarks), die im Allgemeinen auf abgrenzbare Teile von Organisationen angewandt wird. Es ist eine Methode, mit der relevante Daten systematisch gesammelt und ausgewertet werden. Die dabei gewonnen Erkenntnisse sollen zur Verbesserung der Performanz der eigenen Organisation beitragen. Schule gemacht hat das Beispiel des Xerox-Konzerns, der Ende der 70er Jahre ein Benchmarking seiner Lagerhaltung und Logistik durchgeführt hat. Mit Hilfe des kennzahlengestützten Vergleichs der eigenen Lagerhaltung mit der als vorbildlich befundenen Lagerhaltung und Logistik einer Handelsfirma begann Xerox einen systematischen Lernprozess, der zu einer Steigerung der eigenen Performanz und dadurch zu einer Verbesserung der Lage des Unternehmens im Verhältnis zu seinen Mitbewerbern führte (Schütz / Speckesser / G. Schmid 1998).

Dieses Beispiel zeigt einige Charakteristika des Benchmarking-Prozesses. Es muss zum einen ein Vergleichspartner gefunden werden, der eine „Best Practice“ vorweisen kann.

Des Weiteren muss eine ausreichende Vergleichbarkeit gegeben sein; diese muss jedoch nicht notwendigerweise bei ähnlichen Gesamtorganisationen wie den eigenen Mitbewerbern gefunden werden. Schließlich ist der Vergleich mit Hilfe der Kennziffern nur ein erster Schritt eines internen Lernprozesses. Die Ergebnisse des Vergleiches müssen in Handlungsanweisungen übersetzt und die Beschäftigten des betroffenen Bereiches von deren Umsetzung überzeugt werden, damit eine positive Veränderung erreicht werden kann.

Jenseits dieses Beispiels können verschiedene Formen des Benchmarking unterschieden werden:

- Beim internen Benchmarking werden Teile der selben Organisation miteinander verglichen bzw. gegeneinander „gebenchmarkt“. Dies kann der Leistungssteigerung durch internen Wettbewerb dienen. Je nach Verfahren werden der Controlling-Aspekt oder Ziele des Qualitätsmanagements stärker betont (Bandemer 1998). Anregungen von außen erhält die Organisation beim internen Benchmarking naturgemäß nicht.
- Beim externen Benchmarking muss eine andere Organisation als Partner gefunden werden, mit der sich der Vergleich lohnt. Wegen verschiedener Rahmenbedingungen können Probleme der Vergleichbarkeit auftreten.
- Eine Art dritter Fall stellt ein theoretisches Benchmarking dar („benchmarking against a standard“, OECD 1997: 4). Es wird nicht die „Best Practice“ gesucht, sondern ein für erreichbar gehaltenes Performanz-Optimum als Zielvorgabe festgelegt. Es gibt jedoch keine Kontrolle darüber, ob dieses Ziel tatsächlich erreichbar ist. Das Lernen von anderen wird in diesem Fall nur dann möglich, wenn mehrere vergleichbare Organisationen am selben Standard gemessen werden.

Neben der Frage, mit wem oder was sich eine Organisation misst, stellt der Gegenstand des Benchmarking eine weitere Unterscheidungsdimension dar. Dies kann entweder ein **Prozess** oder eine **Performanz** sein. Ursprünglich war Benchmarking ein Instrument zur Verbesserung von Prozessen, die sich einem quantitativen Vergleich betriebswirtschaftlicher Daten entziehen. Wird dieser Blickwinkel gewählt, steht die Suche nach dem besten Verfahren, im Mittelpunkt.

Mit einem Benchmarking von Performanz, wie für die vorliegende Studie gewählt, wird alleine entlang von **Leistungsindikatoren** gearbeitet. Erst in einem weiteren Schritt kann dann ein „bester“ Prozess ausfindig gemacht werden (OECD 1997: 4). Benchmarking ist hier

also ein Black-Box-Verfahren: Das genaue 'Innenleben' des betrachteten Systems ist nicht bekannt, so dass sich Kausalzusammenhänge nicht direkt herstellen lassen. Durch systematische Beobachtung der Inputs und Outputs des Systems lassen sich jedoch plausible Annahmen über die Wirkung von Prozessen auf die Performanz machen.

## 2.2 Fälle und Formen der Anwendung

Ausgehend von Unternehmen hat Benchmarking als Steuerungsmethode auch in Bereichen der Politik und Verwaltung Aufmerksamkeit gefunden. So ist Qualitätsmanagement ein zentraler Punkt in der Debatte um die Modernisierung des öffentlichen Dienstes und der Verwaltung geworden, der sich in der Ausschreibung von Qualitätspreisen in diversen OECD-Ländern (Schütz / Speckesser / G. Schmid 1998: 10f.) oder im Benchmarking kleinerer, abgrenzbarer Teile einer Verwaltung manifestiert (Bandemer 1998). Auch wurden in verschiedenen Ländern Benchmarking-Prozesse in Gang gesetzt und von der OECD mitverfolgt: International vergleichende Studien liegen insbesondere für den Telekommunikationssektor, für das Erziehungswesen und für die Gesundheitssysteme vor (OECD 1997). Folgende Beispiele sind besonders relevant und für unser Vorhaben einschlägig:

- Die **OECD** sammelt und vergleicht Daten ihrer Mitgliedstaaten aus verschiedenen Bereichen. Es werden Rankings vor allem der wirtschaftlichen Performanz erstellt, bei denen auch Benchmarks eine Rolle spielen. Im Rahmen der jährlichen Employment Outlooks werden auch Arbeitsmärkte systematisch verglichen. Als Erfolgsfaktor der Arbeitsmarktentwicklung wird nicht die Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne, sondern recht allgemein die wirtschaftliche Dynamik betrachtet (siehe OECD div. Jg.).
- Dem Benchmarking als politischem Steuerungsinstrument verhalf vor allem die **Europäischen Union** zum Durchbruch. Die Europäische Kommission benutzte den Begriff des Benchmarking erstmals in einer Mitteilung der Kommission 1996, die sich mit der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie beschäftigte (Tidow 1999: 303). Diese industriepolitische Anwendung des Benchmarking ist weiter ausgebaut worden; so wurde im Jahr 2000 mit dem Aufbau eines Kataloges von Gradmessern für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen begonnen (vgl. FAZ v. 11.04.2000).
- Ein weiteres Feld zur Anwendung des Benchmarking in der **Europäischen Union** wurde im Zuge der Europäischen Beschäftigungsstrategie erschlossen. Bereits auf dem Europäischen Rat in Dublin Ende 1996 wurden die Möglichkeiten eines Benchmarking der Arbeitsmärkte und Arbeitsmarktpolitiken der Mitgliedstaaten erörtert (vgl. Toma 1997). In



Folge des Luxemburg-Prozesses und mit der Verankerung des Beschäftigungskapitels im EG-Vertrag durch den Amsterdamer Gipfel gelangte dies auch zur Umsetzung. Die Kommission veröffentlicht nun in ihren Beschäftigungsberichten die Ergebnisse ihrer Monitoring-Tätigkeit sowie eine Reihe von Best Practices insbesondere der Arbeitsmarktpolitik. Es wird ein Arbeitsmarkt-Leistungsvergleich erstellt, in den je drei Indikatoren der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit sowie drei beschäftigungsrelevante Wirtschaftsindikatoren eingehen, die gleich gewichtet werden. Diese sind das Beschäftigungswachstum, die Beschäftigungsquote und die Beschäftigungsquote in Vollzeitäquivalenten; die Arbeitslosenquote, die Jugend- und die Langzeitarbeitslosigkeit sowie das reales Wachstum des BIP, das Wachstum der Arbeitsproduktivität und die realen Lohnstückkosten (Rosin 2000). Neben der Analyse erhofft sich die Kommission von diesem Verfahren die Erzeugung "politisch-psychologischen Drucks" (Rosin 2000: 7), die die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien in den Mitgliedstaaten befördert – Benchmarking wird hier also zum Instrument politischer Steuerung.

- Wirtschaftliche Dynamik, Arbeitsmärkte und Staatstätigkeit sind Faktoren, die in das Internationale Beschäftigungsranking der *Bertelsmann Stiftung* einfließen, das erstmals 1996 und erneut 1998 sowie 2000 erhoben wurde. Die Studie verfolgt zwei Ziele: Zum einen soll der beschäftigungspolitische Erfolg bzw. Misserfolg verschiedener Industrieländer einander gegenüber gestellt werden; zum anderen wird nach ökonomischen Einflussgrößen gesucht, die geeignet sind, die beobachtbaren Unterschiede in der Arbeitsmarktentwicklung zu erklären (Bertelsmann Stiftung 2000: 242). Ersteres wird mit der Zielgröße gemessen, die sich aus Arbeitslosenquote und Beschäftigungswachstum zusammensetzt und in die Endpunktzahl zur Hälfte eingeht. Der Wirkungsfaktor setzt sich aus sieben der erwähnten Einflussgrößen zusammen, die gewichtet werden. Diese sind als Indikator für wirtschaftliche Dynamik die *Bruttoanlageinvestitionen* (positiv), als finanzpolitischer Faktor die *Staatsquote* (negativ), aus dem Bereich Arbeitsmarktpolitik der *Aktivierungsgrad*, also der Anteil der aktiven Arbeitsmarktpolitik an den Gesamtausgaben für Arbeitsmarktpolitik (positiv) sowie als Indikator für eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik der (geringe) *Anteil der Langzeitarbeitslosen*. Im Einflussbereich „Tarifpartner“ gehen die Faktoren *Teilzeit* (Anteil der Teilzeit- an der Gesamtbeschäftigung) positiv, der Anstieg der nominalen Lohnstückkosten sowie die *Streikhäufigkeit* negativ ein. Alle neun Faktoren werden als Durchschnittswert eines Zeitraums von meist fünf Jahren berechnet und aufgrund der besten (10 Punkte) und schlechtesten (1 Punkt) Perfor-

manz standardisiert (Bertelsmann Stiftung 2000). Mit dem Leistungsvergleich der Europäischen Kommission hat das Internationale Beschäftigungsranking gemein, dass Wirkungs- und Zielgrößen in einen gemeinsamen Indikator eingehen. Bei der Kommission ist dies jedoch in geringerem Maße der Fall. Vor allem aber handelt es sich um Variablen, bei denen der angenommene Kausalzusammenhang allgemein anerkannt ist: Wachstum fördert Beschäftigung, ein Anstieg der Lohnstückkosten hemmt sie. Innovativ und umstritten zugleich ist die Auswahl der Wirkungsfaktoren in der Studie der Bertelsmann Stiftung. Trefflich lässt sich streiten, ob die Streikhäufigkeit ein relevanter Einflussfaktor auf die Beschäftigungsentwicklung der westlichen Welt der 90er Jahre darstellte. Auch einen direkten Zusammenhang von hoher Staatsquote und negativer Beschäftigungsentwicklung mag man bestreiten. Letztlich unterliegt aber jeder Versuch, mit gemischten Faktoren über ein reines Performanz-Benchmarking hinauszugehen, erheblichen Auswahl- und Begründungsproblemen<sup>1</sup>.

- Die **Bertelsmann-Stiftung** hat zudem mittlerweile ebenfalls ein Benchmarking der Bundesländer vorgelegt (Bertelsmann-Stiftung 2001), das sich aus zwei Teilen, einem Erfolgsindex und einem Aktivitätsindex zusammensetzt. Der Erfolgsindex umfasst die Indikatoren *Arbeitslosen- und Erwerbsquote* (Beschäftigung), *Bruttoinlandsprodukt pro Kopf* und *Wachstum des BIP* (Einkommen), *Anteil der Sozialhilfeempfänger* und *Anteil der nicht aufgeklärten Straftaten* (Sicherheit). Der Aktivitätsindex umfasst *Ausbildungsstellenrelation*, *Insolvenzhäufigkeit*, *Welthandelsanteil*, *erteilte Unterrichtsstunden*, *vertikale Leistungen an die Länder*, *absolute Leistungen im Länderfinanzausgleich*, *öffentliche Beschäftigung*, *Zinssteuerquote*, *Gewerbesteuerniveau*, *Sozialhilfeniveau*, *Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik*, *Ausgaben für Hochschulen*. Wieder werden Punkte von 1 (schlechtester Wert) bis 10 (bester Wert) vergeben und die Indikatoren gewichtet. Bei dieser Wahl der Indikatoren werden im Gegensatz zum internationalen Beschäftigungsranking die genannten Probleme, die mit der Aufnahme von Wirkungsfaktoren ins Ranking verbunden sind, weitgehend vermieden.
- Das **Wissenschaftszentrum Berlin** (WZB) schließlich hat sich bemüht, Benchmarking als sozialwissenschaftliche Methode weiterzuentwickeln (Schütz / Speckesser / G. Schmid: 1998). Für den vorliegenden Fall – das Benchmarking von Bundesländern – gilt, dass es

---

<sup>1</sup> Die durch die Auswahl an Wirkungsfaktoren getroffenen Vorannahmen vermitteln zwar im Falle Bertelsmann eine auffallende normative Aufladung, dem Prinzip nach handelt es sich jedoch um ein Grundproblem des Benchmarking.

bezüglich der Arbeitsmarktpolitiken eher handhabbar ist als ein internationales Benchmarking, da beim letztgenannten erhebliche Probleme der Vergleichbarkeit auftreten können. Aus dem WZB stammt auch die Anwendung des Radar-Chart Verfahrens für Benchmarking von Arbeitsmarktperformanzen. Durch Standardisierungen und Flächenberechnungen wird hierbei die Gesamtberechnung mehrerer Leistungsindikatoren in einem integrierten Gesamtindikator ermöglicht (Speckesser / Schütz / G. Schmid 1998; Mosley / Mayer: 1999).

### 2.3 Benchmarking durch die Radar-Chart Methode

Dieses vom WZB empfohlene Verfahren wurde dem vorliegenden Benchmarking zugrunde gelegt. Als Referenzpunkte wurden die Jahre 1998 und 2001 gewählt. Die Daten wurden in den Jahrgängen getrennt standardisiert, womit sich eine Querschnittsanalyse ergibt. Eine Veränderung der Position eines Landes bezieht sich in der vorliegenden Studie also alleine auf das Verhältnis des Landes zu den anderen Ländern, nicht auf die Veränderung eines Landes im Vergleich zu seiner vorherigen Performanz. So kann z.B. ein Land seine Leistungsdaten durchaus im Zeitverlauf verbessert haben, aber dennoch auf eine schlechtere Position im Ländervergleich gerückt sein, wenn andere Länder sich stärker verbessert haben.

Die Standardisierung der Daten erfolgt, indem für jeden Indikator dem besten Performanzwert zu einem Zeitpunkt der Wert 1, dem schlechtesten der Wert 0 zugeordnet wird. Alle anderen Werte werden im Verhältnis dazu entsprechend umgerechnet<sup>2</sup>. Die schlechtesten und besten Werte werden also als Bezugsgröße gewählt. Dies hat zur Folge, dass einzelne „Ausreißer“ nach oben oder unten den „Ton angeben“ – ein Grund, warum in den vorliegenden Rankings die Stadtstaaten nicht aufgenommen wurden: In den Ballungsräumen stellt sich die sozioökonomische Situation völlig anders als im ländlichen Bereich dar. So sind die Bruttowertschöpfung aber auch die Zahl der Sozialhilfeempfänger ausgesprochen hoch. Dies hätte eine Orientierung entlang der Stadtstaaten (als best

---

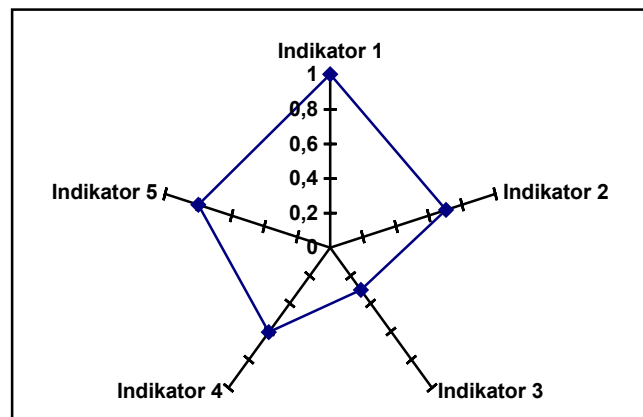
<sup>2</sup> Wurde damit im Rahmen der vorliegenden Untersuchung der „best performance Ansatz“ gewählt, so wäre ein anderer möglicher Weg des Rankings gewesen, „theoretische benchmarks“ zu setzen, d.h. die beste bzw. schlechteste *mögliche* Performanz theoretisch abzuleiten und auf 1 bzw. 0 zu setzen. Der wichtigste Einwand gegen dieses Verfahren ist, dass keine Klarheit darüber besteht, wo solche „theoretischen benchmarks“ zu setzen sind. Wo liegt, wenn man z.B. die Einflüsse der Arbeitslosigkeit auf die Inflationsrate berücksichtigt, die „ideale“ Höhe der Arbeitslosigkeit? Angesichts dieser Unklarheiten würde die Setzung der benchmarks nach diesem Verfahren willkürlichen Entscheidungen unterliegen. Eine dritte Möglichkeit wäre schließlich gewesen, „institutionelle benchmarks“ zu setzen – d.h. benchmarks, die z.B. von der Politik vorgegebene Zielgrößen beschreiben. Dieses Verfahren scheidet aufgrund mangelnder Vorgaben seitens der Politik oder anderer Organisationen aus. Angesichts der skizzierten Defizite der anderen möglichen Ansätze zur Definition von benchmarks wurde von uns das „best performance“ Verfahren gewählt.

bzw. worst cases bei mindestens zwei Indikatoren) zur Folge und würde zu erheblichen Verzerrungen bei der Einordnung der anderen Länder führen. Hier haben wir es mit einem grundsätzlichen (und ungelösten) Problem des „best performance Ansatzes“ und des Benchmarkings zu tun – die Vergleichseinheiten divergieren oftmals in hohem Maße.

Mit dem Verfahren können aufgrund der Standardisierung zudem keinerlei Aussagen über die absolute Stärke oder Schwäche der Länder getroffen werden, es handelt sich lediglich um ein Verfahren, welches die Position der Länder relativ zueinander bestimmt. Gleiches gilt dementsprechend hinsichtlich des absoluten Abstands zwischen der besten und schlechtesten Performanz bzw. der Zuordnung der anderen Länder zwischen 1 und 0. Wie dramatisch schlechter oder besser ein Land im Verhältnis zum anderen ist, kann auf diesem Wege nicht ermittelt werden, hier ist die zusätzliche Betrachtung der absoluten Werte notwendig.

Die standardisierten Daten werden in einem mehrachsigen Diagramm abgetragen, womit die Performanz der einzelnen Länder hinsichtlich der jeweiligen Indikatoren visualisiert wird. Die Gesamtperformanz schließlich, welche die „Listenplätze“ der Länder bestimmt, ergibt sich aus der Berechnung der dadurch entstehenden Fläche (Surface Measure of Overall Performance – SMOP) (ausführlich vgl. Mosley / Mayer 1999; Blancke / Schmid 2000: 5 ff.).

**Schaubild 1 Radar-Chart**



Insgesamt bestehen verschiedene mögliche Reihenfolgen, in denen die Indikatoren auf den Achsen angeordnet werden können (wobei die Zahl der Möglichkeiten von der Zahl der Indikatoren abhängt). Diese Anordnung kann trotz gleicher Indikatoren bei der Berechnung zu unterschiedlichen Flächengrößen der Mehrecke führen. Hierdurch wiederum kann die Position der Länder im Ranking erheblich beeinflusst bzw. verzerrt werden. Um solche Verzerrungen zu vermeiden, wurde bei dem vorliegenden Benchmarking für *jedes Land und Jahr die jeweils maximal zu erreichende Fläche*

rechnerisch ermittelt und auf dieser Basis das Ranking erstellt; im vorangegangenen Ranking 2001 (Blancke / Lindlohr / Schmid 2001) dagegen wurde die gleiche Reihenfolge für alle Länder eingehalten.

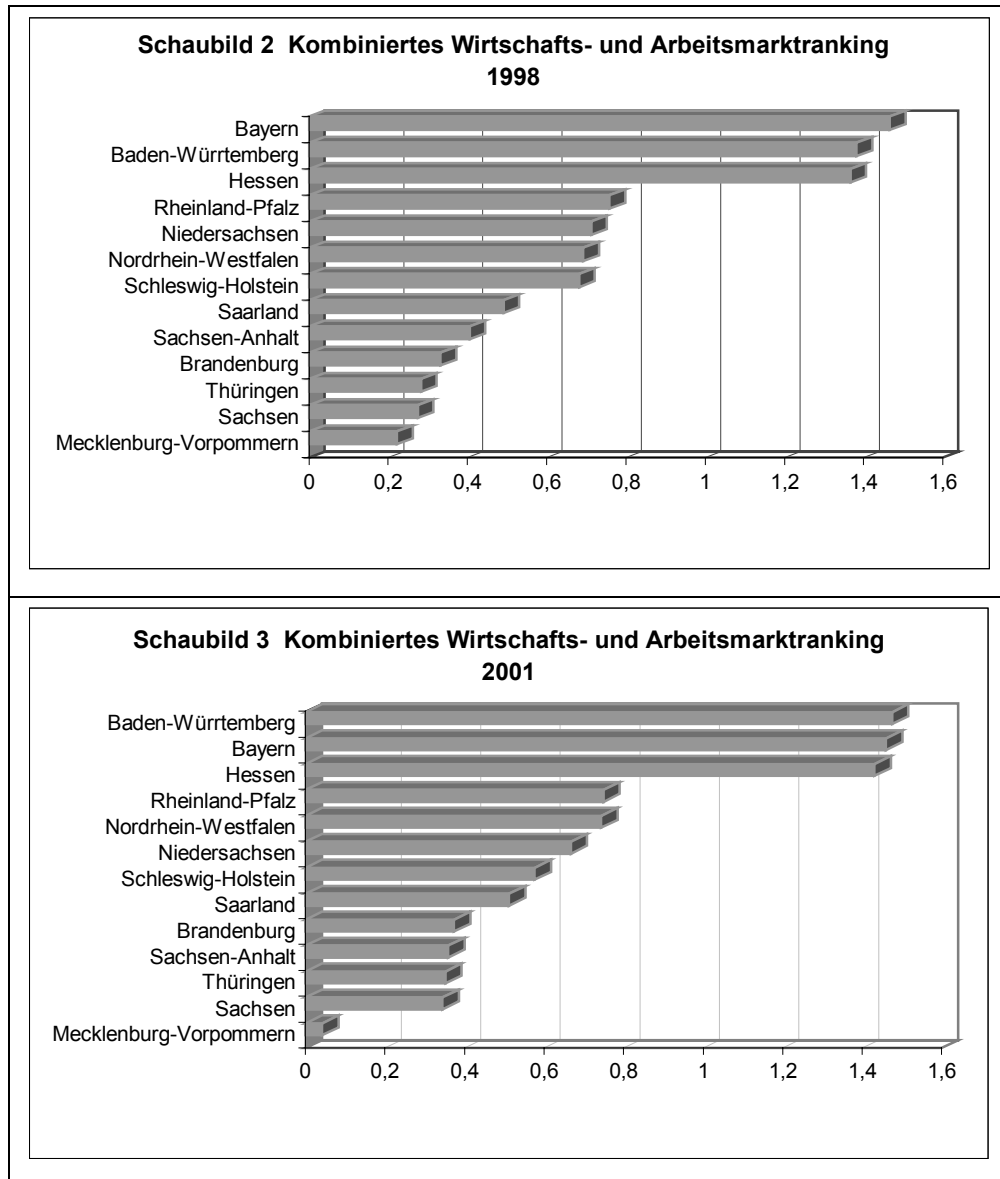
Weitere Veränderungen in dem vorliegenden Benchmarking betreffen die Indikatoren: Die *Erwerbsquote* wurde (aus Gründen der Datenerhebung) nicht mehr, wie im Benchmarking 2001 als Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung zwischen 16 und 64 Jahren sondern als Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung gemessen. Hierdurch können allerdings demographische Einflüsse auf die Daten wirksam werden, die an dieser Stelle jedoch unberücksichtigt bleiben müssen. Die *Insolvenzen* wurden aus inhaltlichen Gründen nicht mehr zur Bevölkerung ins Verhältnis gesetzt, sondern zu den Unternehmen. Hiermit wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass die Bundesländer über sehr unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen und durchschnittliche Betriebsgrößen verfügen. Die *Investitionen* im Produzierenden Gewerbe wurden nicht mehr pro Einwohner berechnet sondern pro Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe – hiermit können Verzerrungen vermieden werden, die sonst durch den Strukturwandel und demographische Entwicklungen zustande kämen.

Im vorliegenden Beitrag wurden drei Untersuchungen durchgeführt: (1) ein vertieftes Benchmarking auf der Grundlage reiner Arbeitsmarktindikatoren (Abschnitt 4), (2) ein vertieftes Benchmarking auf der Grundlage reiner Wirtschaftsindikatoren (Abschnitt 5) und (3) ein zusammenfassendes Benchmarking auf der Grundlage der wichtigsten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsindikatoren (im nun folgenden Abschnitt 3)

### **3. Studie I Das Wichtigste in Kürze: Kombiniertes Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-Benchmarking**

Bevor in den Abschnitten 4 und 5 vertiefend auf die einzelnen Indikatoren eingegangen wird, soll im Folgenden anhand eines kombinierten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsrankings die wesentlichen Ergebnisse zusammengefasst werden. Das kombinierte Benchmarking der deutschen Bundesländer wurde anhand der folgenden Indikatoren durchgeführt

- (1) Arbeitslosenquote
- (2) Erwerbsquote (Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung)
- (3) Bruttowertschöpfung pro Kopf der Bev.
- (4) Investitionen im produzierenden Gewerbe pro Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe
- (5) und Insolvenzen pro 1000 Unternehmen



Auffallend ist vor allem die hohe Stabilität der Positionen im Benchmarking, die auch schon im Vergleich zwischen 1993 und 1998 auffallend war. Sieben Länder halten ihre Positionen, die anderen verändern sie zwar nach oben oder unten, jedoch jeweils nur um einen Rang (vgl. auch Tabelle 1) Dabei zeigen die drei Südländer, allen voran Bayern, dicht gefolgt von Baden-Württemberg und Hessen mit Abstand die besten Performanzwerte. Im Mittelfeld liegen die westdeutschen Länder Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und das Saarland, die neuen Bundesländer bilden die Schlusslichter, wobei Mecklenburg-Vorpommern die schlechtesten Werte aufweist.

Tabelle 1 Veränderung der Positionen im Bundesländer-Benchmarking von 1998 auf 2001

	1998		2001	+ / -		1998		2001	+ / -
Bayern	1	→	2	↘ 1	Saarland	8	→	8	→ 0
Baden-Württemberg	2	→	1	↗ 1	Sachsen-Anhalt	9	→	10	↘ 1
Hessen	3	→	3	→ 0	Brandenburg	10	→	9	↗ 1
Rheinland-Pfalz	4	→	4	→ 0	Thüringen	11	→	11	→ 0
Niedersachsen	5	→	6	↘ 1	Sachsen	12	→	12	→ 0
Nordrhein-Westfalen	6	→	5	↗ 1	Mecklenburg-Vorpommern	13	→	13	→ 0
Schleswig-Holstein	7	→	7	→ 0					

Diese Stabilität der Positionen im Längsschnittvergleich kann schon seit 1993 beobachtet werden – eine ähnliche Rangfolge fand sich auch seinerzeit (wobei das modifizierte Benchmarking-Verfahren einen direkten Vergleich nicht erlaubt). Die Stabilität weist darauf hin, dass die strukturellen Umfeldbedingungen eine hohe Bedeutung für die Performanz der Länder besitzen. Dies schließt zwar nicht grundsätzlich aus, dass mit den Instrumenten der Wirtschafts- und Strukturpolitik Veränderungen bewirkt werden können, dies jedoch scheint ein äußerst schwieriger und langfristiger Prozess zu sein. So scheinen auch Regierungswechsel keinen kurzfristigen Einfluss auf die Problemlösung in den Ländern zu haben: Obwohl in einigen neuen Bundesländern und auch im Saarland im Untersuchungszeitraum die Regierungen gewechselt haben, konnten die Leistungsdaten kaum verbessert werden – sie blieben Schlusslichter im Ranking. Umgekehrt scheinen die Spitzenländer in einem Umfeld zu agieren, welches seine Stärke auch aus sich selbst generieren kann.

- **Bayern, Württemberg und Hessen** zeigen praktisch keine Unterschiede in ihrer Performanz. Sie liegen mit fast allen Werten im Spitzen- oder oberen Mittelfeld. Wenngleich Bayern zu beiden Zeitpunkten bei keinem Indikator die beste Position, Hessen bei der Bruttowertschöpfung und Baden-Württemberg jeweils nur zwei beste Positionen (Arbeitslosenquote und Insolvenzen) einnimmt, weisen sie insgesamt keine besonderen Schwächen auf. Allerdings steigt Baden-Württemberg um eine Position zuungunsten Bayerns auf: Während die Investitionen in Bayern 1998 noch über denen Baden-Württembergs lagen, wurden 2001 in Baden-Württemberg höhere Investitionen im produzierenden Gewerbe getätigt. Hessen konnte seinen Abstand zu den beiden anderen Spitzenländern leicht verbessern. Hier schlagen höhere Insolvenzen in Bayern und Baden-Württemberg durch – während Hessen keine Steigerung erfuhr. Zudem konnte Hessen seine Erwerbsquote deutlich erhöhen, dies gelang – bei recht hohem Niveau – in den anderen beiden Ländern nicht so deutlich (in Baden-Württemberg sank sie gar um 0,1 Prozentpunkte). Zu beiden Zeitpunkten jedoch zeigt Hessen mit Abstand die höchste Bruttowertschöpfung, da-

gegen liegt die Arbeitslosigkeit hier sehr deutlich höher als die beiden anderen Spitzenländer. In der Summe liegen die drei Spitzenländer jedoch ausgesprochen nahe beieinander.

- **Die neuen Bundesländer – Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen** – liegen dagegen bei fast allen Indikatoren im unteren Feld. Alleine bei den Erwerbsquoten nehmen sie gute bis sehr gute Positionen ein. Die neuen Bundesländer konnten sich insgesamt gegenüber 1998 nur gering verbessern, was angesichts der ohnehin niedrigen Bruttowertschöpfung um so dramatischer ist. Der Aufholprozess ist also nicht in Gang gekommen, vielmehr klafft die Schere zwischen den besten Ländern und den schlechtesten weiterhin weit auseinander.

**Brandenburg** hat zu beiden Zeitpunkten die höchste Erwerbsquote. Dramatische Schwächen dagegen liegen bei der Arbeitslosigkeit und der Bruttowertschöpfung. Dennoch ist Brandenburg unter den neuen Ländern nun insgesamt das stärkste. Hierbei schlägt die hohe Erwerbsquote zu Buche, denn bei allen anderen Werten liegen andere neue Länder leicht vor Brandenburg.

Mit einer Arbeitslosigkeit von 21,7% (1998) bzw. 20,9% (2001) zeigt **Sachsen-Anhalt** die schlechteste Performanz bei diesem Indikator, dicht gefolgt von den anderen neuen Ländern. Zum Vergleich: In Bayern betrug die Arbeitslosenquote 2001 nur 5,5% und selbst im „ärmsten“ westdeutschen Bundesland, dem Saarland, betrug die Quote nur 9,8%, weniger als die Hälfte von Sachsen-Anhalt. Diese Schwächen wirken selbstverständlich auch auf die wirtschaftlichen Leistungsdaten: Wurde in Hessen 2001 eine **Bruttowertschöpfung** von knapp 28,5 tausend Euro erwirtschaftet, in Bayern 27,2 und in Baden-Württemberg 26,8, waren es in Sachsen-Anhalt nur 15,1 – auch hier wieder der schlechteste Wert – aber auch die anderen neuen Länder liegen nur knapp über diesem Wert. Dass Sachsen-Anhalt angesichts der besonders schlechten Performanz dennoch nicht an letzter Stelle liegt, ist alleine auf die besonders hohe Investitionstätigkeit im Land zurückzuführen.

**Thüringen** ist, obwohl es erst auf Position elf liegt, unter den neuen Ländern das Land, welches noch die geringsten Schwächen besitzt: Mit einer Arbeitslosigkeit von 16,5% liegt es im Jahre 2001 deutlich unterhalb der anderen ostdeutschen Länder, bei der Erwerbsbeteiligung liegt das Land an zweiter Stelle, die Bruttowertschöpfung ist an zweiter Stelle unter den neuen Ländern (insgesamt jedoch nur auf Platz 10), bei den Investitionen liegt das Land im Mittelfeld und bei den Insolvenzen liegt es auf Platz neun und damit ebenfalls vor den anderen neuen Ländern. Dies sind alles schlechte Werte im gesamtdeutschen Vergleich, jedoch gibt es immerhin keine deutlichen Ausschläge nach unten.



Besonders schlecht sieht auch die Bilanz bei den *Insolvenzen* in den neuen Ländern aus: Tausend Unternehmen standen 2001 in *Mecklenburg-Vorpommern* rund 26 Insolvenzen gegenüber – in Bayern waren es dagegen nur knapp sieben. Hier erzielte Mecklenburg-Vorpommern den schlechtesten Wert in Deutschland. Da hier auch die anderen Werte im untersten Spektrum liegen, bildet das Land das Schlusslicht im kombinierten Ranking.

- Sehr nahe zusammen und in deutlichem Abstand zu den drei Spitzenländern liegen die Mittelfeldländer *Rheinland-Pfalz* und *Nordrhein-Westfalen*. Dabei kann Rheinland-Pfalz gegenüber Nordrhein-Westfalen in der Arbeitslosigkeit (RP 7,6%, NW 9,6%), der Erwerbsquote (47,7% / 46,1%) und den Insolvenzen (8,6 / 10,6 pro tausend Unternehmen) deutlich bessere Werte erzielen. Dagegen liegt Nordrhein-Westfalen spürbar besser bei der Bruttowertschöpfung (NW 23,7 tsd.; RP 21,2 tsd. pro Kopf der Bev.) und insbesondere bei den Investitionen im produzierenden Gewerbe (NW 5.841 Euro; RP 4.879 Euro pro Beschäftigten). Hier schlägt sich deutlich die sehr unterschiedliche Wirtschaftsstruktur der beiden Länder nieder, mit NRW als klassischer Industrieregion, Rheinland-Pfalz mit seinen z.T. stark landwirtschaftlich geprägten Regionen. Nordrhein-Westfalen konnte sich gegenüber 1998 um einen Rang (von Pos. 6 auf Pos. 5) verbessern, während sein Nachbarland Niedersachsen nun eine Position abfiel. Grund hierfür ist zum einen eine steigende Erwerbsquote in Nordrhein-Westfalen, während diese in Niedersachsen leicht abfiel, zum anderen ist in NRW eine höhere Steigerung der Bruttowertschöpfung zu verbuchen und schließlich ist auch die Zahl der Insolvenzen in Niedersachsen nun höher als in NRW.
- *Niedersachsen* und *Schleswig-Holstein*, welche 2001 die Ränge sechs und sieben einnehmen, liegen mit sämtlichen Daten im unteren Mittelfeld bzw. bilden die Schlusslichter im westdeutschen Vergleich. Auffallend ist die geringe Investitionstätigkeit in Schleswig-Holstein: Mit 4.3230 Euro pro Beschäftigtem im produzierenden Gewerbe liegt das Land sehr nahe am schlechtesten Wert von 4.247 im Saarland. Zum Vergleich: Die mit Abstand höchsten Investitionen wurden in Sachsen-Anhalt (7.307 Euro) getätigt, in Hessen lagen sie immerhin noch bei 6.095 Euro, in Baden-Württemberg bei 5.908 Euro.
- Bleibt zuletzt das *Saarland*, welches unter den westdeutschen Bundesländern eindeutig das Sorgenkind ist: Mit der niedrigsten Erwerbsquote und den geringsten Investitionen im produzierenden Gewerbe bildet das Land das Schlusslicht unter den westdeutschen Bundesländern. Auffallend ist allerdings der Rückgang der Arbeitslosigkeit: Während 1998 noch 12,6% der saarländischen Bevölkerung arbeitslos waren, konnte die Quote bis 2001 um 2,8 Prozentpunkte auf

9,8% gesenkt werden. Zwar haben auch die anderen West-Länder einen deutlichen Rückgang zu verzeichnen, so z.B. Baden-Württemberg um 2,5 Prozentpunkte, jedoch sinkt die Arbeitslosigkeit im Saarland am deutlichsten. Was jedoch noch lange nicht dazu führt, dass das Land auf dem Weg zu einer Spitzenposition ist.

## **4 Studie II Arbeitsmarkt-Benchmarking 1998 und 2001**

### **4.1 Skizze der zur Analyse herangezogenen Arbeitsmarktindikatoren**

Die Daten zur Gesamtarbeitslosigkeit, die zunächst einen Eindruck der generellen Lage auf dem Arbeitsmarkt vermitteln können, bedürfen der Differenzierung entlang weiterer gesellschaftlich und ökonomisch wichtiger Aspekte. Dazu gehört insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit, aber auch die Höhe der Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit. Dahinter steht die Überlegung, dass die Einzelindikatoren grundlegende Strukturschwächen, Verwerfungen und Ungleichgewichte auf den Arbeitsmärkten verdeutlichen, die es mit gezielten Maßnahmen zu bekämpfen gilt. Aus den Daten zu der spezifischen Zusammensetzung der Arbeitslosigkeit können erste Rückschlüsse auf notwendige Optimierungen hin zu einem zielgenaueren Einsatz zum Beispiel der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik aber auch anderer Maßnahmen gezogen werden.

Die Erwerbsquote ist zum einen ein Indikator für den Aktivierungsgrad und damit auch für die arbeitsmarktliche Gesamtperformanz. Zum anderen dient sie in Arbeitsmarktvergleichen der Relativierung der Aussagen zur Gesamtarbeitslosigkeit. Eine hohe Erwerbsquote bedeutet immer auch, dass eine große Personenzahl auf den Arbeitsmarkt drängt, d.h. der Arbeitsmarkt einer vergleichsweise höheren Belastung ausgesetzt ist, als ein Arbeitsmarkt, auf den weniger Erwerbspersonen drängen. Dies impliziert, dass Untersuchungseinheiten (wie z.B. Regionen, Länder etc.), die eine gleich hohe Arbeitslosigkeit aber sehr unterschiedliche Erwerbsquoten aufweisen, auch unterschiedlich hinsichtlich ihrer arbeitsmarktpolitischen Performanz bewertet werden müssen. Damit können sich bei Vergleichen erhebliche Verschiebungen und Relativierungen ergeben.

Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen wurden zur Beschreibung und Analyse der Arbeitsmärkte in den Bundesländern entsprechend die folgenden fünf Indikatoren ausgewählt:

- (1) die Arbeitslosenquote (AQ)
- (2) die Erwerbsquote der Wohnbevölkerung
- (3) der Anteil der Langzeitarbeitslosen (über 1 Jahr arbeitslos) an den Arbeitslosen (LZA)
- (4) die Frauenarbeitslosenquote (FAQ)
- (5) die Arbeitslosenquote der Jugendlichen (unter 25 Jahre) (JAQ)

## 4.2 Benchmarking der Einzelindikatoren

### 4.2.1 Arbeitslosigkeit

Hinsichtlich der Arbeitslosigkeit, ist zwar eine recht hohe Stabilität der Positionen aber auch eine ausgesprochen große Heterogenität zwischen den Ländern festzustellen: Bayern und Baden-Württemberg nahmen schon seit rund zehn Jahren positive Spitzenpositionen ein.

Tabelle 2 Arbeitslosenquoten 1989 und 2001 (abhängige Erwerbspersonen; Jahresdurchschnitte; Veränderungen in Prozentpunkten, Veränderungen des Ranges )						
Quelle: BA; eigene Berechnungen						
	1998		2001		+/- 1998/2001	
	Quote	Rang	Quote	Rang	Quote	Rang
<b>Baden-Württemberg</b>	8,0	1	5,5	1	-2,5	→ 0
<b>Bayern</b>	8,1	2	6,0	2	-2,1	→ 0
<b>Hessen</b>	10,0	4	7,4	3	-2,6	↗ 1
<b>Rheinland-Pfalz</b>	9,7	3	7,6	4	-1,1	↘ 1
<b>Schleswig-Holstein</b>	11,2	5	9,4	5	-1,8	→ 0
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	11,7	6	9,6	6	-2,1	→ 0
<b>Saarland</b>	12,6	8	9,8	7	-2,8	↗ 1
<b>Niedersachsen</b>	12,3	7	10,0	8	-2,3	↘ 1
<b>Thüringen</b>	18,3	9	16,5	9	-1,8	→ 0
<b>Brandenburg</b>	18,8	10	18,8	10	+/- 0	→ 0
<b>Sachsen</b>	18,8	11	19,0	11	+0,2	→ 0
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	20,5	12	19,6	12	-0,9	→ 0
<b>Sachsen-Anhalt</b>	21,7	13	20,9	13	-0,8	→ 0

Verglichen damit präsentierte sich die Situation in Ostdeutschland geradezu katastrophal. Im Jahre 2001 konnte Baden-Württemberg mit einer Arbeitslosigkeit von 5,5% einen Wert erreichen, der, wenn auch nicht befriedigend, so doch zumindest der beste in Deutschland und auch im internationalen Vergleich nicht schlecht war. Sachsen-Anhalt lag dagegen mit 20,9% Arbeitslosigkeit fast um das vierfache höher als Baden-Württemberg, und auch die Lage in den anderen neuen Ländern war nicht merklich besser als in Sachsen-Anhalt.

Hessen und Rheinland-Pfalz folgen Baden-Württemberg und Bayern mit recht deutlichem Abstand, wobei sich Hessen um eine Position (von Platz vier auf Platz drei) verbessern konnte, Rheinland-Pfalz entsprechend um eine Position auf Platz vier sank. Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und das Saarland bilden in ganz Deutschland das Mittelfeld. Wobei deren Werte zwischen 9,4% und 10,0% (2001) durchaus als besorgniserregend bezeichnet werden können. Das Saarland konnte sich im Jahre 2001 mit einer Arbeitslosigkeit von 9,8% nun vor Nieder-

sachsen (10%) schieben und um eine Position verbessern. Damit nimmt das Saarland nun im West-Vergleich nicht mehr die schlechteste Position ein sondern wird von Niedersachsen abgelöst.

Besorgniserregender ist die Spaltung zwischen West und Ost, wenn die Veränderungen im Detail betrachtet werden: Zwar war zwischen 1998 und 2001 in ganz Deutschland eine spürbare Besserung auf dem Arbeitsmarkt zu verzeichnen – dieser Trend wurde insbesondere durch die Konjunkturbelebung der Wirtschaft in dieser Zeit ausgelöst und betraf mit Ausnahme von Brandenburg und Sachsen alle Bundesländer. Auf der anderen Seite fiel diese Besserung auf dem Arbeitsmarkt jedoch sehr unterschiedlich aus. Die neuen Länder konnten nicht annähernd eine so hohe Besserung erzielen, wie die westdeutschen Länder, Brandenburg blieb auf dem gleichen Stand, in Sachsen erhöhte sich die Arbeitslosigkeit gar um 0,2 Prozentpunkte, in Mecklenburg-Vorpommern trat eine Besserung von 0,9 Prozentpunkten ein, in Sachsen-Anhalt um 0,8; alleine Thüringen konnte sich um 1,8 Prozentpunkte verbessern. Wirft man nun einen Blick auf die westdeutschen Länder, so zeigen sich hier Verbesserungen um bis zu 2,8 Prozentpunkte (Saarland), nur Rheinland-Pfalz fiel mit einem geringen Absinken der Quote (um immerhin noch 1,1 Prozentpunkte) auf.

Damit sind die ostdeutschen Länder nicht alleine stabil auf die schlechtesten Positionen in Deutschland verwiesen sondern die Schere zwischen West und Ost geht noch weiter auseinander; die Konjunkturbelebung war hier offensichtlich nicht so deutlich wie im Westen. Zusätzlich erhöhend auf die Arbeitslosigkeit wirkt allerdings, dass 1998 ein sehr hoher Mitteleinsatz für aktive Arbeitsmarktpolitik erfolgte, was die Daten für den Osten zumindest optisch verbesserte. Mit einem leichten Zurückfahren der Beschäftigungsmaßnahmen nach 1998 erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen entsprechend.

#### **4.2.2 Erwerbsbeteiligung**

Hinsichtlich der Erwerbsquoten war schon seit 1990 der hohe Anteil der Erwerbspersonen in den ostdeutschen Bundesländern auffallend, die der hohen weiblichen Erwerbsbeteiligung in der DDR geschuldet war. Zwar hat gleich nach der Vereinigung ein drastischer Abbau der Erwerbspersonen stattgefunden, gleichwohl blieben die Daten im Ländervergleich auffallend hoch und lagen deutlich über den westdeutschen Werten. Auch 2001 blieb diese Tendenz erhalten – noch immer nehmen die ostdeutschen Länder Spitzenstellungen ein und präsentieren damit bei diesem Indikator ihre eindeutige Stärke. Brandenburg zeigt mit Abstand die besten Werte, gefolgt von Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Insgesamt ist auch hier eine außerordentliche Stabilität der Positionen zu verzeichnen, Ver-

schiebungen sind nur gering und betreffen Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Schleswig Holstein. Hessen kann seine Erwerbsquote um einen Prozentpunkt von 48,5% auf 49,5% verbessern, in Schleswig-Holstein sank die Quote von 49,1% um 0,8 Prozentpunkte auf 48,3%, in Sachsen-Anhalt um einen Prozentpunkt auf 51,7%. Das Saarland, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Bayern, Sachsen und Brandenburg konnten ihre Erwerbsquoten verbessern. Verluste mussten dagegen Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen verbuchen.

	1998		2001		+/- 1998/2001	
	Quote	Rang	Quote	Rang	Quote	Rang
<b>Brandenburg</b>	54,1	1	54,3	1	+ 0,2	→ 0
<b>Thüringen</b>	53,5	2	52,8	2 (3)	- 0,7	→ 0
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	53,3	3	52,8	2 (3)	- 0,5	↗ 1
<b>Sachsen</b>	52,2	5	52,5	4	+ 0,3	↗ 1
<b>Sachsen-Anhalt</b>	52,7	4	51,7	5	- 1,0	↘ 1
<b>Bayern</b>	51,1	6	51,3	6	+ 0,2	→ 0
<b>Baden-Württemberg</b>	49,7	7	49,6	7	- 0,1	→ 0
<b>Hessen</b>	48,5	9	49,5	8	+ 1,0	↗ 1
<b>Schleswig-Holstein</b>	49,1	8	48,3	9	- 0,8	↘ 1
<b>Rheinland-Pfalz</b>	47,2	10	47,7	10	+ 0,5	→ 0
<b>Niedersachsen</b>	46,9	11	46,8	11	- 0,1	→ 0
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	45,4	12	46,1	12	+ 0,7	→ 0
<b>Saarland</b>	44,5	13	45,2	13	+ 0,7	→ 0

Deutliche Verbesserungen können das Saarland und Nordrhein-Westfalen (je +0,7) verzeichnen, trotzdem bilden sie noch immer die Schlusslichter bei diesem Indikator. Mit 44,5% im Jahre 1998 und 45,2% 2001 liegt im Saarland die Erwerbsquote rund zehn bzw. neun Prozentpunkte hinter dem besten Wert (Brandenburg, 54,1% / 54,3%), ähnlich schlecht sieht es in Nordrhein-Westfalen aus. Vergleichsweise geringe Erwerbsquoten verzeichnet auch Niedersachsen. Unter den westdeutschen Bundesländern bilden die „gesunden“ Länder Bayern und Baden-Württemberg die Spitze, Bayern mit einem leichten Aufwärtstrend (+0,2), Baden-Württemberg mit leichten Veränderungen nach unten (-0,1).

Für die westdeutschen Länder bleibt ein recht deutlicher Trend bestehen: Die Länder mit der besten Arbeitsmarktindikatoren (vgl. Abschnitt 4.1.1) haben auch die höchste Erwerbsquote, die

problematischeren Fälle unter den alten Bundesländern zeigen sich auch hier sehr schwach. Im Osten ist dieser Trend nicht zu erkennen. Im Gegenteil, hier zeigt sich, dass die im Vergleich hohe Arbeitslosigkeit in der Region in engem Zusammenhang mit der hohen Erwerbsbeteiligung steht. Allerdings finden wir in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen mittlerweile ebenfalls ein deutliches Abschmelzen der Erwerbsbeteiligung.

### 4.2.3 Langzeitarbeitslosigkeit

Weniger stabil als die vorangegangenen Indikatoren stellt sich die Langzeitarbeitslosigkeit in den einzelnen Bundesländern dar, sodass hier keine ähnlich klaren Positionen und deutliche Trends wie bei den anderen Indikatoren identifiziert werden können, vielmehr verändern sich die Positionen zwischen 1998 und 2001 zum Teil ganz erheblich. Das ökonomisch und arbeitsmarktlich starke Bayern zeigt allerdings unverändert gute Daten in der Langzeitarbeitslosigkeit. Zwar kann das Land nur einen geringen Rückgang verzeichnen (minus 0,6 Prozentpunkte; dagegen baut Niedersachsen die Langzeitarbeitslosigkeit um 5,6 Prozentpunkte ab), ausgehend jedoch von einem vergleichsweise niedrigen Niveau, kann Bayern seine Spitzenstellung halten.

<b>Tabelle 4 Langzeitarbeitslosigkeit 1989 und 2001</b>						
(Anteil der Langzeitarbeitslosen (≥ 1 Jahr) an den Arbeitslosen in %; Jahresdurchschnitte; Veränderungen in Prozentpunkten, Veränderungen des Ranges)						
Quelle: BA; eigene Berechnungen						
	1998		2001		+/- 1998/2001	
	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang
<b>Bayern</b>	30,9	1	24,9	1	- 0,6	→ 0
<b>Schleswig-Holstein</b>	32,7	4	29,0	2	- 3,7	↗ 2
<b>Rheinland-Pfalz</b>	34,8	6	30,2	3	- 4,6	↗ 3
<b>Baden-Württemberg</b>	35,4	8	30,4	4	- 5,0	↗ 4
<b>Thüringen</b>	31,6	2 (3)	31,2	5	- 0,4	↘ 3
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	31,6	2 (3)	32,0	6	+ 0,4	↘ 4
<b>Niedersachsen</b>	38,3	10	32,7	7	- 5,6	↗ 3
<b>Hessen</b>	35,9	9	32,8	8	- 3,1	↗ 1
<b>Brandenburg</b>	40,0	11	36,1	9	- 3,9	↗ 2
<b>Sachsen</b>	33,5	5	36,2	10	+ 2,7	↘ 5
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	40,5	12	37,0	11	- 3,5	↗ 1
<b>Sachsen-Anhalt</b>	35,0	7	37,2	12	+ 2,2	↘ 5
<b>Saarland</b>	43,6	13	38,1	13	- 5,5	→ 0

Gleichsam bleibt das Saarland auf seiner letzten Position. Mit 43,6% Langzeitarbeitslosigkeit nahm

das Land schon 1998 mit Abstand die schlechteste Stellung ein. Selbst der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit um 5,5 Prozentpunkte reicht nicht, um die Position im Ranking zu verändern – das Saarland bleibt an letzter Stelle.

Bedenklich stellt sich die Situation in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern dar. Hier konnte die Langzeitarbeitslosigkeit nicht abgebaut werden sondern stieg deutlich an – in Sachsen um 2,7 Prozentpunkte, in Sachsen-Anhalt um 2,2 Prozentpunkte und in Mecklenburg-Vorpommern um 0,4 Prozentpunkte. In allen anderen Bundesländern fiel sie dagegen mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit ebenfalls deutlich ab. Hier liegen denn auch offensichtlich die Ursachen für den Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit in den genannten Ländern: Der Abbau der Arbeitslosigkeit konnte hier nicht annähernd in ähnlich hohem Maße stattfinden wie in den anderen Ländern – er betrug hier unter einem Prozentpunkt, in Sachsen gar stieg die Arbeitslosigkeit leicht an.

Generell gilt, dass der Anteil der Langzeitarbeitslosen hochgradig positiv mit der Gesamtarbeitslosigkeit korreliert, d.h. je höher die Gesamtarbeitslosigkeit ist, desto höher ist auch die Langzeitarbeitslosigkeit. Grund hierfür ist eine Übersättigung des Marktes mit Arbeitsuchenden. Da der Markt eine hohe und evtl. wachsende Zahl von Arbeitslosen bereitstellt, müssen Arbeitgeber bei Neueinstellungen kaum auf Personen zurückgreifen, die schon längere Zeit arbeitslos und damit (potenziell) de-qualifiziert sind, sondern können ihren Bedarf mit neu freigesetzten Kräften decken. Damit sinkt mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit die Chance der Arbeitslosen, eine Stelle zu finden, es entsteht Langzeitarbeitslosigkeit. Besonders betroffen sind dabei Personen mit weiteren Vermittlungshemmnissen, etwa Arbeitslose mit Qualifizierungsdefiziten oder jenseits eines gewissen Alters. Bessert sich die allgemeine Lage auf den Arbeitsmärkten, sinkt in der Regel die Langzeitarbeitslosigkeit wieder – die Arbeitslosen sind leichter und schneller vermittelbar. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen Anhalt reichte der Abbau der Arbeitslosigkeit offensichtlich nicht, um entsprechende Effekte bei der Langzeitarbeitslosigkeit zu erzielen.

Dass die neuen Bundesländer trotz der höchsten Arbeitslosenquoten nicht den höchsten Anteil an Langzeitarbeitslosen aufweisen (eine Regelmäßigkeit bei den westdeutschen Ländern), hängt offensichtlich mit der besonderen ökonomischen Lage in Ostdeutschland zusammen sowie mit dem massiven Einsatz aktiver (Beschäftigungs-)Maßnahmen, die oftmals vor Dequalifizierung schützen. Während im Westen insbesondere Personen mit starken Vermittlungshemmnissen von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind, sind im Osten auch üblicherweise gut vermittelbare Personen von Arbeitslosigkeit betroffen. Diesen gelingt es jedoch in der Regel besser, neue Stellen zu finden – die Relation zwischen Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit bleibt vergleichsweise güns-

tig.

Neben der Arbeitsmarktdynamik haben auch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik Einfluss auf die Höhe der Langzeitarbeitslosigkeit, hierzu gehören gezielte Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, mit denen sich um die rasche Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt bemüht wird. Es bleibt abzuwarten, ob das Job-Aktiv Gesetz, das seit Anfang 2002 in Kraft ist und durch gezielte Maßnahmen (etwa das Profiling von Arbeitslosen und den frühzeitigen Einsatz von Maßnahmen der Qualifizierung und Beschäftigung) präventiv gegen Langzeitarbeitslosigkeit angehen will, eine deutliche Veränderung der Situation in Deutschland hervorruufen kann.

#### 4.2.4 Frauenarbeitslosigkeit

Bei der Frauenarbeitslosigkeit liegen die Länder exakt in der gleichen Reihenfolge wie bei der Gesamtarbeitslosigkeit. Angeführt wird die Rangliste von Baden-Württemberg, gefolgt von Bayern, das seine Quote nicht in gleich hohem Maße verringern konnte wie das andere Südländ. Damit sinkt Bayern, das 1998 zusammen mit Baden-Württemberg Platz 1 belegte, nun auf einen jedoch weiterhin guten Platz 2. Position drei wird von Hessen belegt, Rang vier von Rheinland-Pfalz.

<b>Tabelle 5 Arbeitslosenquoten der Frauen 1989 und 2001</b>						
(weibl. Erwerbspersonen; Jahresdurchschnitte; Veränderungen in Prozentpunkten, Veränderungen des Ranges )						
Quelle: BA; eigene Berechnungen						
	1998		2001		+/- 1998/2001	
	Quote	Rang	Quote	Rang	Quote	Rang
<b>Baden-Württemberg</b>	8,2	1 (2)	5,7	1	-2,5	→ 0
<b>Bayern</b>	8,2	1 (2)	6,0	2	-2,2	↘ 1
<b>Hessen</b>	9,7	3	7,1	3	-2,6	→ 0
<b>Rheinland-Pfalz</b>	10,0	4	7,6	4	-2,4	→ 0
<b>Schleswig-Holstein</b>	10,2	5	8,2	5	-2,0	→ 0
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	11,6	6	9,1	6	-2,5	→ 0
<b>Saarland</b>	12,0	7	9,2	7	-2,8	→ 0
<b>Niedersachsen</b>	12,5	8	9,7	8	-2,8	→ 0
<b>Thüringen</b>	21,0	9	17,8	9	-3,2	→ 0
<b>Brandenburg</b>	21,2	10	19,3	10	-2,9	→ 0
<b>Sachsen</b>	21,7	11	19,8	11	-1,9	→ 0
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	22,8	12	19,9	12	-2,9	→ 0
<b>Sachsen-Anhalt</b>	24,5	13	22,0	13	-2,5	→ 0



Im Mittelfeld bewegen sich die anderen westdeutschen Bundesländer, die letzten Positionen werden von den neuen Bundesländern belegt; an letzter Stelle liegt wieder Sachsen-Anhalt. In der Rangfolge verschlechtert sich alleine Bayern (um eine Position von einem mit Baden-Württemberg geteilten Platz eins auf Platz zwei), alle anderen Positionen bleiben gleich denen von 1998. Wie bei der Gesamtarbeitslosigkeit hat sich allerdings auch die Situation für die Frauen zwischen 1998 und 2001 insgesamt deutlich verbessert; Rückgänge sind in sämtlichen Ländern zu finden.

Interessanter als die reine Betrachtung der Frauenarbeitslosigkeit und ihrer Rangfolge ist der Vergleich mit der Quote der Männer. Zum einen lassen sich für die westdeutschen Bundesländer eine höhere Arbeitslosigkeit der männlichen Erwerbspersonen feststellen als für die weiblichen oder, wie in Baden-Württemberg und Bayern nur eine äußerst geringfügig höhere bzw. gleich hohe weibliche Arbeitslosigkeit. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache zu bewerten, dass die westdeutschen weiblichen Erwerbspersonen eher bereit sind bei einer schlechten Arbeitsmarktlage aus dem Arbeitsmarkt ganz auszuschneiden und sich dem Haushalt zuzuwenden als die ostdeutschen Frauen bzw. sich nach Erziehungszeiten nicht mehr um die Wiederaufnahme einer Arbeit bemühen.

<b>Tabelle 6 Arbeitslosenquoten der Frauen und Männer 1989 und 2001</b>				
(weibl. und männliche Erwerbspersonen; Jahresdurchschnitte; Veränderungen in Prozentpunkten, Veränderungen des Ranges )				
Quelle: BA; eigene Berechnungen				
	<b>1998</b>		<b>2001</b>	
	<b>weibl.</b>	<b>männl.</b>	<b>weibl.</b>	<b>männl.</b>
<b>Baden-Württemberg</b>	8,2	7,8	5,7	5,3
<b>Bayern</b>	8,2	8,0	6,0	6,0
<b>Hessen</b>	9,7	10,3	7,1	7,6
<b>Rheinland-Pfalz</b>	10,0	9,6	7,6	7,6
<b>Schleswig-Holstein</b>	10,2	12,0	8,2	10,5
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	11,6	11,8	9,1	10,0
<b>Saarland</b>	12,0	13,1	9,2	10,3
<b>Niedersachsen</b>	12,5	12,2	9,7	10,3
<b>Thüringen</b>	21,0	15,8	17,8	15,2
<b>Brandenburg</b>	21,2	16,6	19,3	18,4
<b>Sachsen</b>	21,7	16,1	19,8	18,2
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	22,8	18,3	19,9	19,3
<b>Sachsen-Anhalt</b>	24,5	19,1	22,0	19,8

Wir haben es im Westen also mit einer Kultur des männlichen, erwerbstätigen Haushaltsvorstandes zu tun, während Frauen zu einem großen Teil nicht oder für längere Zeiten nicht erwerbstätig sind.

Dies spiegelt sich auch in einer vergleichsweise geringen Gesamterwerbsquote wieder (vgl. Abschnitt 4.1.2).

Ganz anders sieht es im Osten der Republik aus: Hier sind die Frauen durchgängig stärker am Erwerbsleben beteiligt, was sich auch in einer entsprechend hohen Erwerbsquote spiegelt. Anstatt bei einer schlechten Arbeitsmarktlage ganz aus dem Erwerbsleben auszuschneiden, bemühen sich die Frauen auch weiterhin um Arbeit. Vor dem Hintergrund einer gewünschten Aktivierung möglichst vieler erwerbsfähiger Personen ist eine solch hohe Erwerbsbeteiligung durchaus sehr positiv einzuschätzen. Jedoch geht dies im Osten deutlich auf Kosten der weiblichen Erwerbspersonen – ihre Arbeitslosigkeit ist in der Regel um mehrere Prozentpunkte höher als die ihrer männlichen Kollegen, selbst wenn sie zwischen 1998 und 2001 zurück ging.

#### 4.2.5 Jugendarbeitslosigkeit

Bei der Jugendarbeitslosigkeit zeigen sich im großen ganzen die gleichen Trends wie bei den meisten anderen Arbeitsmarktindikatoren.

Tabelle 7 Arbeitslosenquoten der Jugendlichen 1989 und 2001 (abhängige Erwerbspersonen < 25 Jahre; Jahresdurchschnitte; Veränderungen in Prozentpunkten, Veränderungen des Ranges )						
Quelle: BA; eigene Berechnungen						
	1998		2001		+/- 1998/2001	
	Quote	Rang	Quote	Rang	Quote	Rang
<b>Baden-Württemberg</b>	7,4	2	4,4	1	-3,0	↗ 1
<b>Bayern</b>	6,8	1	5,1	2	-1,7	↘ 1
<b>Hessen</b>	10,5	4	6,5	3	-4,0	↗ 1
<b>Rheinland-Pfalz</b>	10,3	3	7,3	4	-3,0	↘ 1
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	12,2	5	8,5	5	-3,7	→ 0
<b>Saarland</b>	12,7	7	9,5	6	-3,2	↗ 1
<b>Schleswig-Holstein</b>	12,8	8	9,8	7	-3,0	↗ 1
<b>Niedersachsen</b>	12,7	6	9,9	8	-2,8	↘ 2
<b>Thüringen</b>	15,0	9	13,9	9	-1,1	→ 0
<b>Sachsen</b>	15,9	10	15,2	10	-0,7	→ 0
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	18,2	13	15,5	11	-2,7	↗ 2
<b>Brandenburg</b>	17,2	11	16,4	12	-0,8	↘ 1
<b>Sachsen-Anhalt</b>	17,8	12	17,1	13	-0,7	↘ 1

Auch hier liegen wieder Baden-Württemberg und Bayern auf den ersten beiden Plätzen. Hessen und Rheinland-Pfalz folgen, die mittleren Positionen werden von den anderen alten Bundesländern, die

unteren Plätze von den neuen Ländern eingenommen. Schlusslicht bildet wieder Sachsen-Anhalt. In der Rangfolge verbessern können sich zwischen 1998 und 2001 um jeweils eine Position Baden-Württemberg, Hessen, das Saarland, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern (zwei Positionen). Verschlechtert haben sich dagegen um jeweils eine Position Bayern, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen (zwei Positionen), Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Die Position gehalten haben Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Sachsen.

Die Jugendarbeitslosigkeit gehört zu den am stärksten öffentlichkeitswirksamen Arbeitsmarktindikatoren. Eine hohe Erwerbslosigkeit der Jugendlichen wird im allgemeinen als besonders dramatisch empfunden. Aus rein ökonomischer Sicht liegt hier ein besonders leistungsfähiges Humankapital brach. Und bei unzureichender beruflicher Erstausbildung droht langfristig ein Mangel an ausreichend ausgebildetem Humankapital. Aus gesellschaftspolitischer Sicht werden die fehlenden Chancen der jungen Generation, welche die künftige Basis der gesellschaftlichen Entwicklung, die Zukunft des Landes darstellt als besonders problematisch empfunden. Das duale Ausbildungssystem in Deutschland galt bisher als Garant eines recht unproblematischen Einstiegs der jungen Generation in das Arbeitsleben – die Arbeitslosenquoten der jungen Generation lagen in der Regel nicht höher sondern eher niedriger als die der anderen Personengruppen.

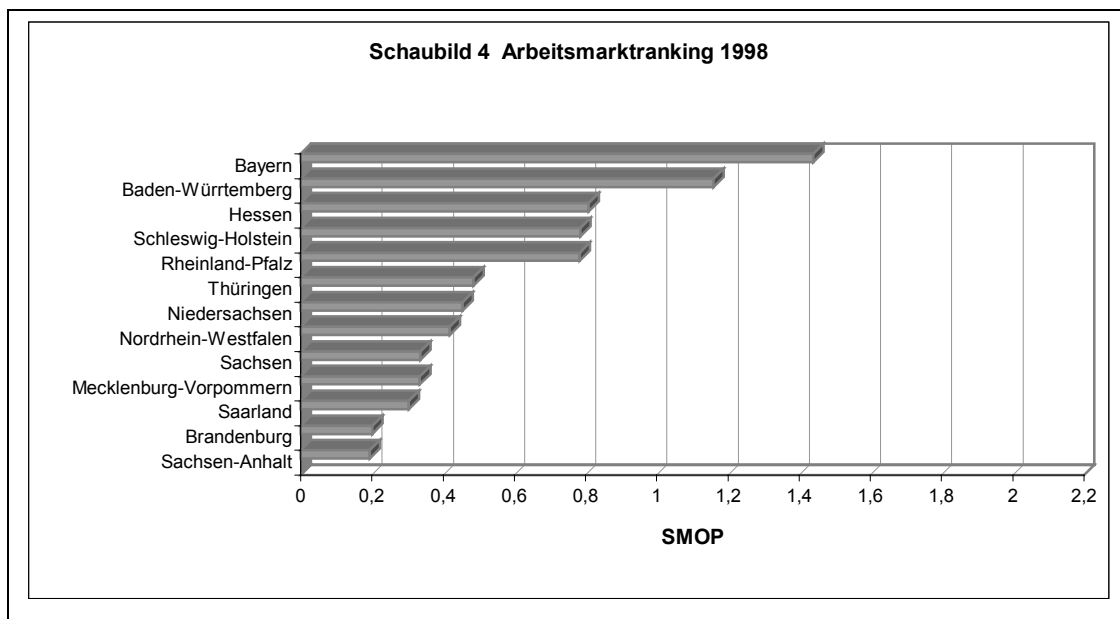
<b>Tabelle 8 Arbeitslosenquoten der Jugendlichen (männl. und weibl.) und der Männer 1989 und 2001</b>				
(Abhängige Erwerbspersonen < 25 Jahre und männliche Erwerbspersonen; Jahresdurchschnitte;)				
Quelle: BA; eigene Berechnungen				
	<b>1998</b>		<b>2001</b>	
	<b>jugendl.</b>	<b>männl.</b>	<b>jugendl.</b>	<b>männl.</b>
<b>Baden-Württemberg</b>	7,4	7,8	4,4	5,3
<b>Bayern</b>	6,8	8,0	5,1	6,0
<b>Hessen</b>	10,5	10,3	6,5	7,6
<b>Rheinland-Pfalz</b>	10,3	9,6	7,3	7,6
<b>Schleswig-Holstein</b>	12,2	12,0	8,5	10,5
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	12,7	11,8	9,5	10,0
<b>Saarland</b>	12,8	13,1	9,8	10,3
<b>Niedersachsen</b>	12,7	12,2	9,9	10,3
<b>Thüringen</b>	15,0	15,8	13,9	15,2
<b>Brandenburg</b>	15,9	16,6	15,2	18,4
<b>Sachsen</b>	18,2	16,1	15,5	18,2
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	17,2	18,3	16,4	19,3
<b>Sachsen-Anhalt</b>	17,8	19,1	17,1	19,8

Dies trifft auch für den hier gewählten Untersuchungszeitraum zu. Selbst in den krisengeschüttelten

ostdeutschen Ländern lag die Arbeitslosenquote der unter 25jährigen merklich niedriger als die zum Beispiel der Männer (vgl. Tabelle). Besonders positiv sind die Entwicklungen insbesondere in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Hier lag die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen 1998 noch über der der männlichen Erwerbsbevölkerung – dieser Trend konnte in den folgenden Jahre gebrochen und die Jugendarbeitslosigkeit deutlich gedrückt werden. Es ist anzunehmen, dass hier unter anderem auch das Sonderprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (JUMP), welches von der Bundesregierung aufgelegt wurde, seine Wirkungen entfaltet, zumal die einzelnen Bundesländer hier ergänzende Programme aufgelegt haben.

#### 4.3 Zusammenfassung und Gesamtdarstellung: Arbeitsmarkt-Benchmarking

Werden nun in einem Gesamtindikator die einzelnen Performanzindikatoren zusammengefasst, bestätigt sich die schon bei den Einzelindikatoren zu sehende Tendenz: Insgesamt hat sich von 1998 auf 2001 die Situation auf dem Arbeitsmarkt verbessert, jedoch sind deutliche Spitzen in der Rangfolge zu erkennen.



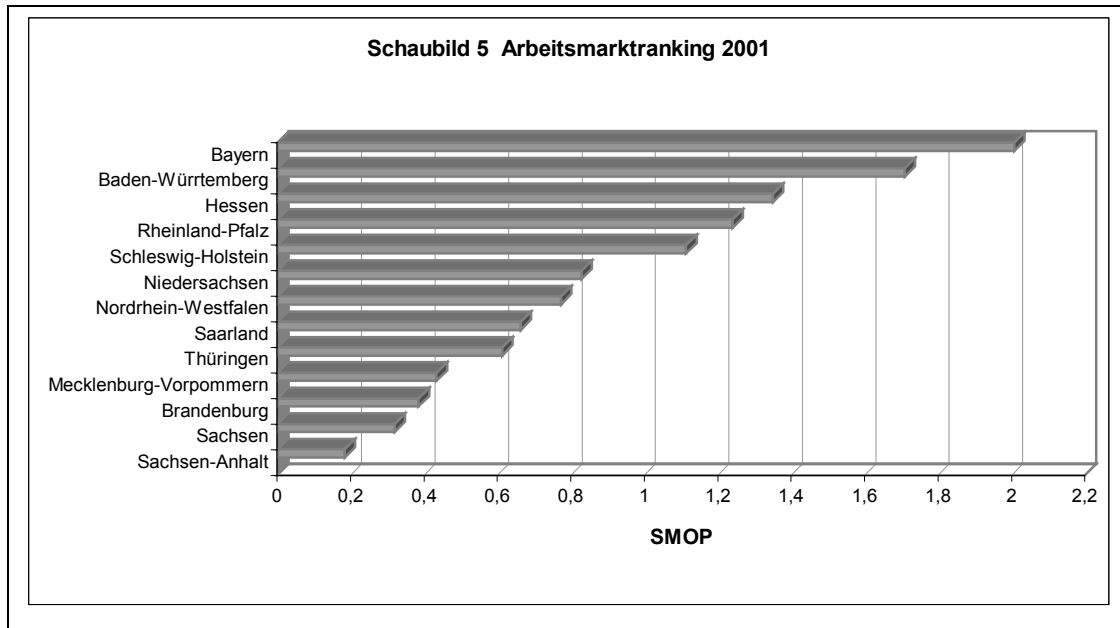


Tabelle 9 Veränderung der Positionen im Arbeitsmarkt-Benchmarking von 1998 auf 2001

	1998		2001	+ / -		1998		2001	+ / -
Bayern	1	→	1	→ 0	Saarland	11	→	8	↗ 3
Baden-Württemberg	2	→	2	→ 0	Thüringen	6	→	9	↘ 3
Hessen	3	→	3	→ 0	Mecklenburg-Vorpommern	10	→	10	→ 0
Rheinland-Pfalz	5	→	4	↗ 1	Brandenburg	12	→	11	↗ 1
Schleswig-Holstein	4	→	5	↘ 1	Sachsen	9	→	12	↘ 3
Niedersachsen	7	→	6	↗ 1	Sachsen-Anhalt	13	→	13	→ 0
Nordrhein-Westfalen	8	→	7	↗ 1					

- **Bayern** und **Baden-Württemberg** bilden in fast allen Bereichen die Spitzengruppe und nehmen dementsprechend auch im Gesamtranking die ersten beiden Positionen ein. Alleine bei der Erwerbsquote liegen die beiden Länder gegenüber den ostdeutschen Bundesländern auf deutlich schlechteren Positionen. Aber unter den westdeutschen Bundesländern nehmen Bayern und Baden-Württemberg auch hier Spitzenpositionen ein; deutliche Schwächen sind hier also nicht zu erkennen.
- Mit Abstand folgen nun **Hessen**, **Rheinland-Pfalz** und **Schleswig-Holstein**. Zwischen 1998 und 2001 fällt Schleswig-Holstein jedoch einen Platz hinter Rheinland-Pfalz zurück, während Rheinland-Pfalz entsprechend aufrückt. Die Gründe liegen hier in einer insgesamt etwas schlechteren Performanz und einer hohen Jugendarbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein. Dennoch sind die Abstände zwischen allen drei Ländern eher gering.

- **Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen** und das **Saarland** bilden das Mittelfeld. Auf dem letzten Platz der westdeutschen Länder liegt damit das Saarland. Jedoch zeigen sich hier positive Entwicklungen, das Land konnte sich zwischen 1998 und 2001 von Position 11 auf Position 8 vorarbeiten. Vergleichsweise gut entwickelte sich das Saarland bei der Arbeitslosigkeit, hier konnte der höchste Abbau unter allen Ländern stattfinden. Dennoch ist das Land weiterhin das Sorgenkind der westdeutschen Länder und liegt mit einem letzten Platz bei der Erwerbstätigkeit immer noch im unteren Feld, nahe bei Thüringen.
- Was die **neuen Bundesländer** anbelangt, so ist ein negativer Trend zu verzeichnen, der sich in einer weiteren Spaltung zwischen der Entwicklung im Osten und der im Westen äußert. Zwar konnten im Untersuchungszeitraum auch in den neuen Ländern einige Besserungen erzielt und Arbeitslosigkeit abgebaut werden. Jedoch geschah dies in weitaus geringerem Maße als im Westen. Selbst Thüringen, das 1998 (insbesondere aufgrund der hohen Erwerbsquote) immerhin noch vor Niedersachsen und dem Saarland lag, gehört 2001 nun zur Gruppe der fünf schlechtesten Länder.

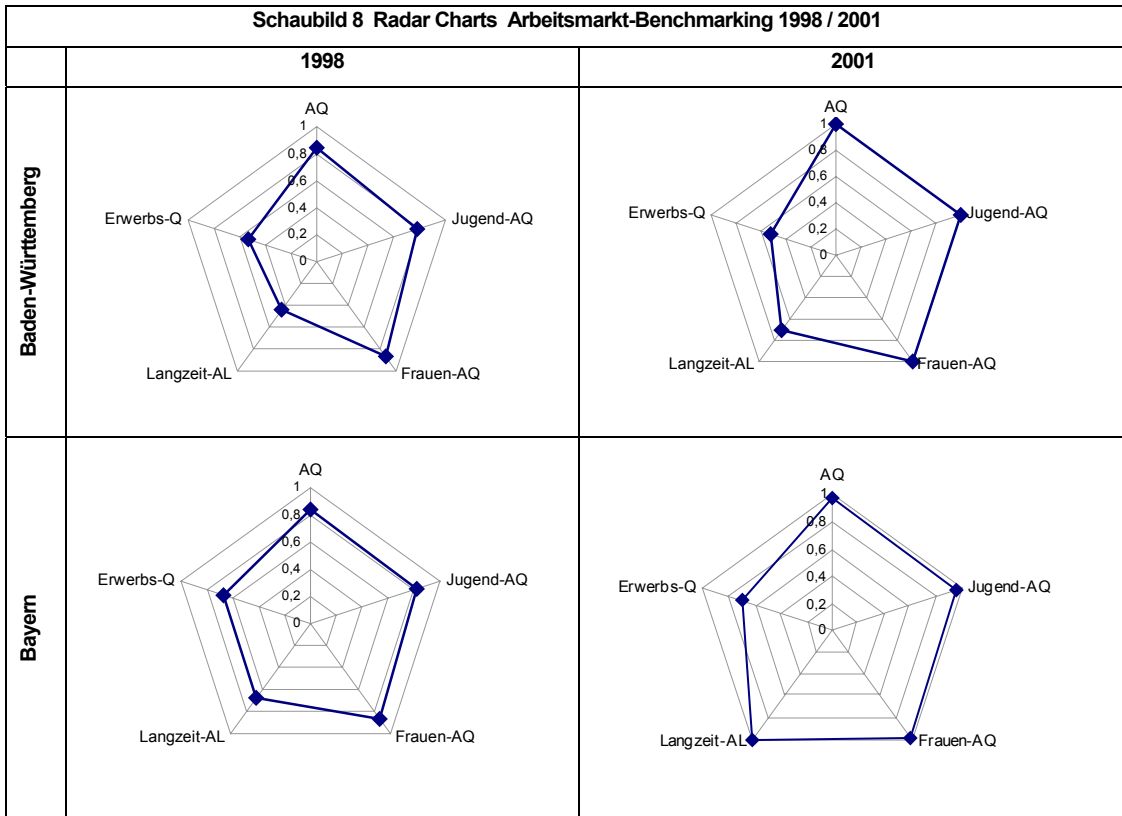
Betrachtet man die Veränderungen bei den einzelnen Indikatoren noch einmal auf einem Blick, so ist eine deutliche Heterogenität zu konstatieren – zum einen im Hinblick auf die einzelnen Leistungsdaten selbst – hier variiert die Performanz ganz erheblich –, zum anderen hinsichtlich der Entwicklungsrichtungen. Veränderungen in der Performanz finden nicht gleichmäßig verteilt über alle Länder statt, sondern in sehr unterschiedlichem Ausmaß und bei unterschiedlichen Indikatoren.

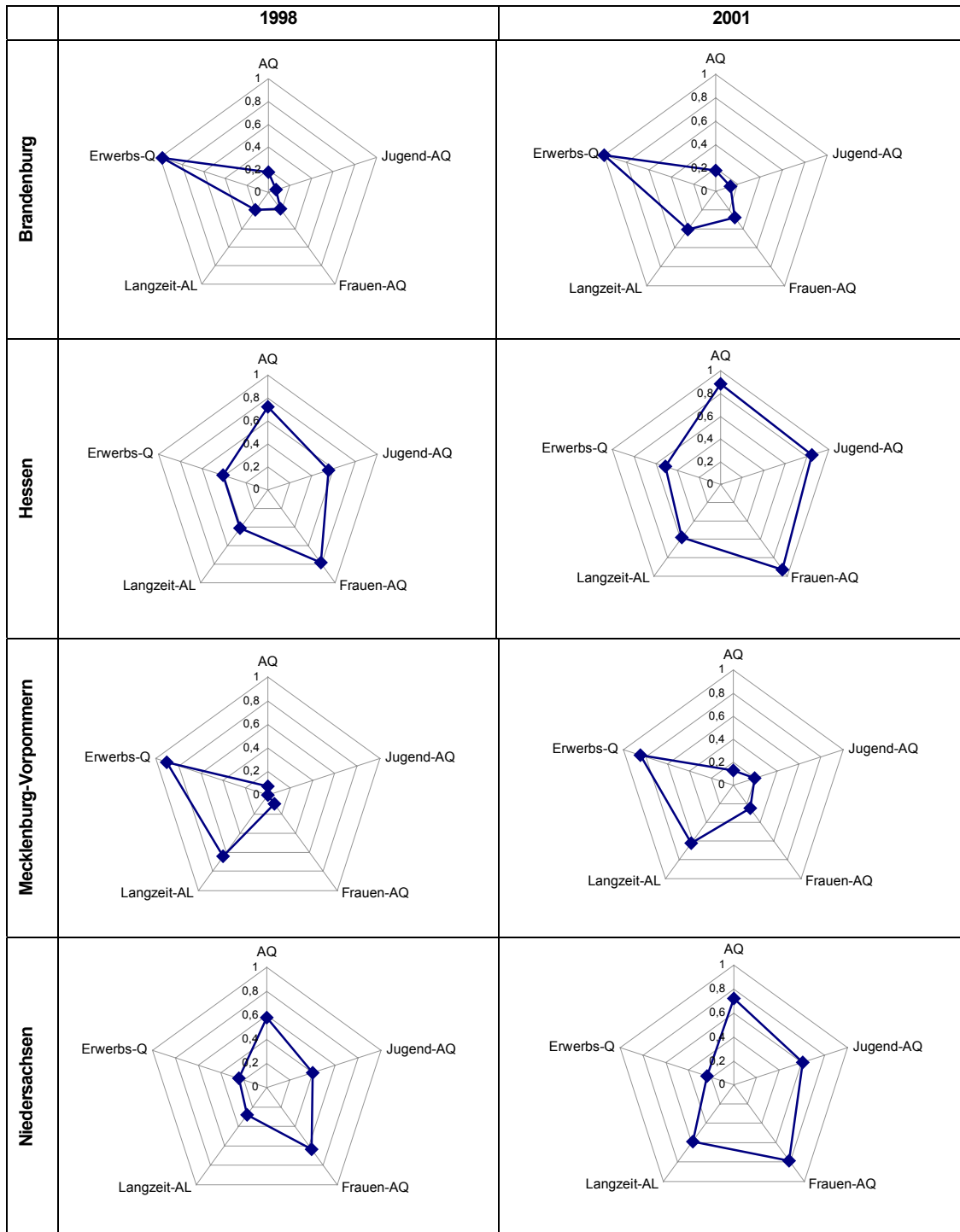
**Tabelle 10 Indikatoren und ihre Entwicklungen im Vergleich**

	Arbeitslosenquote			AQ Jugend			AQ Frauen			Anteil an Langzeit-arbeitslosen			Erwerbsquote		
	1998	2001	+/-	1998	2001	+/-	1998	2001	+/-	1998	2001	+/-	1998	2001	+/-
<b>BW</b>	8,0	5,5	-2,5	7,4	4,4	-3,0	8,2	5,7	-2,5	35,4	30,4	-5,0	49,7	49,6	-0,1
<b>By</b>	8,1	6,0	-2,1	6,8	5,1	-1,7	8,2	6,0	-2,2	30,9	24,9	-0,6	51,1	51,3	+0,2
<b>BB</b>	18,8	18,8	+/- 0	17,2	16,4	-0,8	21,2	19,3	-2,9	40,0	36,1	-3,9	54,1	54,3	+0,2
<b>He</b>	10,0	7,4	-2,6	10,5	6,5	-4,0	9,7	7,1	-2,6	35,9	32,8	-3,1	48,5	49,5	+1,0
<b>MV</b>	20,5	19,6	-0,9	18,2	15,5	-2,7	22,8	19,9	-2,9	31,6	32,0	+0,4	53,3	52,8	-0,5
<b>Ni</b>	12,3	10,0	-2,3	12,7	9,9	-2,8	12,5	9,7	-2,8	38,3	32,7	-5,6	46,9	46,8	-0,1
<b>NW</b>	11,7	9,6	-2,1	12,2	8,5	-3,7	11,6	9,1	-2,5	40,5	37,0	-3,5	45,4	46,1	+0,7
<b>RP</b>	9,7	7,6	-1,1	10,3	7,3	-3,0	10,0	7,6	-2,4	34,8	30,2	-4,6	47,2	47,7	+0,5
<b>SI</b>	12,6	9,8	-2,8	12,7	9,5	-3,2	12,0	9,2	-2,8	43,6	38,1	-5,5	44,5	45,2	+0,7
<b>Sa</b>	18,8	19,0	+0,2	15,9	15,2	-0,7	21,7	19,8	-1,9	33,5	36,2	+2,7	52,2	52,2	+0,3
<b>ST</b>	21,7	20,9	-0,8	17,8	17,1	-0,7	24,5	22,0	-2,5	35,0	37,2	+2,2	52,7	51,7	-1,0
<b>SH</b>	11,2	9,4	-1,8	12,8	9,8	-3,0	10,2	8,2	-2,0	32,7	29,0	-3,7	49,1	48,3	-0,8
<b>Th</b>	18,3	16,5	-1,8	15,0	13,9	-1,1	21,0	17,8	-3,2	31,6	31,2	-0,4	53,5	52,8	-0,7

Zusammenfassend lassen sich im vorliegenden Zeitraum mehrere Entwicklungsrichtungen identifizieren:

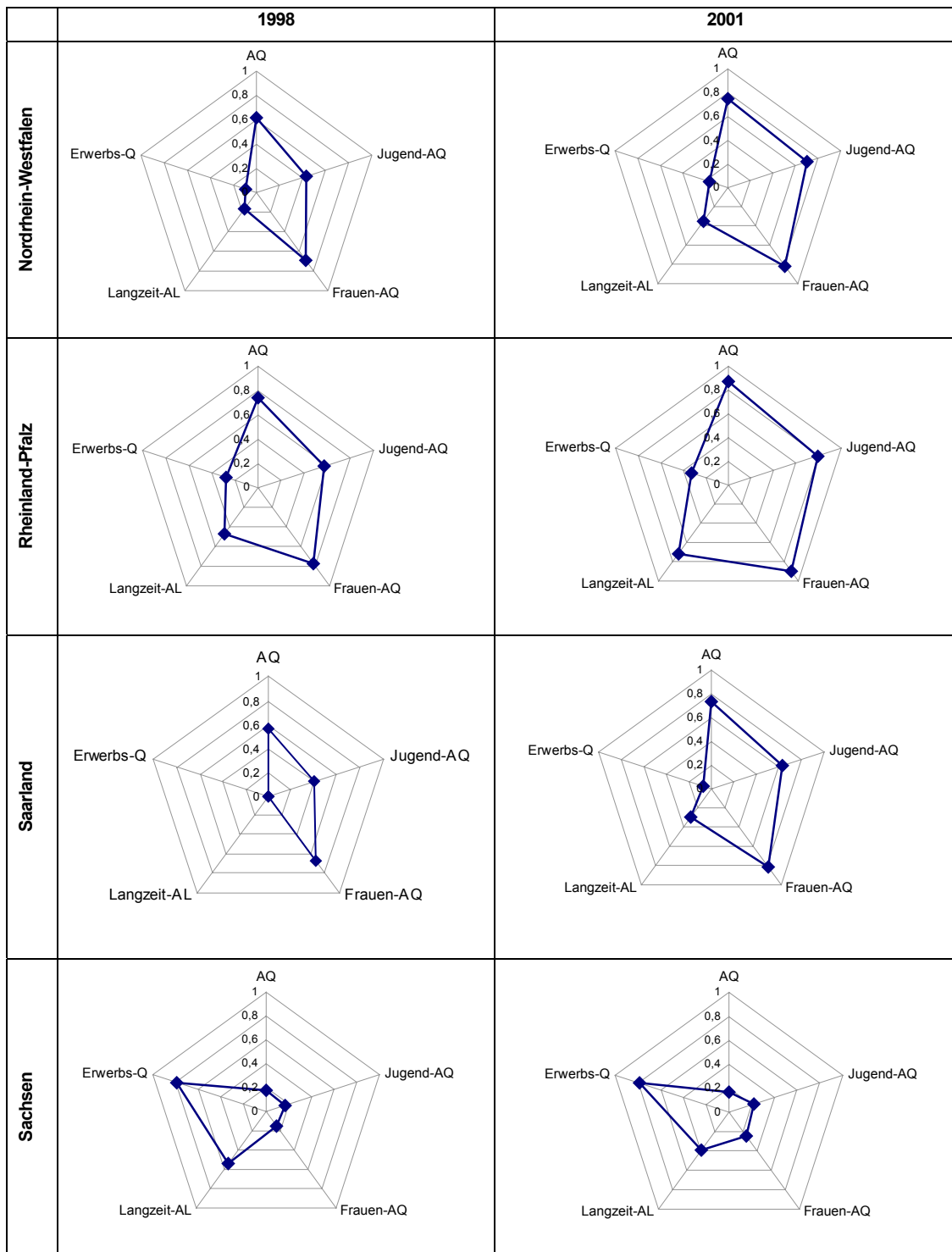
1. Homogene Verbesserungen: Hier findet eine Besserung sämtlicher Arbeitsmarktdaten statt, d.h. Abbau der Arbeitslosigkeit im Aggregat und bei sämtlichen Problemgruppen sowie eine Zunahme der Erwerbstätigkeit. Hierzu gehören Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Mit einigen deutlichen Einschränkungen ist Brandenburg hier zuzurechnen. Hier bleibt zwar die Gesamtarbeitslosigkeit konstant, jedoch sind Verbesserungen bei den Problemgruppen zu konstatieren, die Erwerbsquote steigt leicht an.
2. Heterogene Entwicklungen I: Eher konstante oder sinkende Gesamtarbeitslosigkeit jedoch Verschärfung der Situation bei Problemgruppen und Absinken der Erwerbsquote. Hierzu gehören Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.
3. Heterogene Entwicklungen II: Sinkende Arbeitslosigkeit bei allen Indikatoren jedoch auch sinkende Erwerbsbeteiligung. Diese Richtung haben Schleswig-Holstein, Thüringen, Baden-Württemberg und Niedersachsen eingeschlagen.
4. In Sachsen schließlich nimmt sowohl die Arbeitslosigkeit zu als auch die Erwerbsquote.

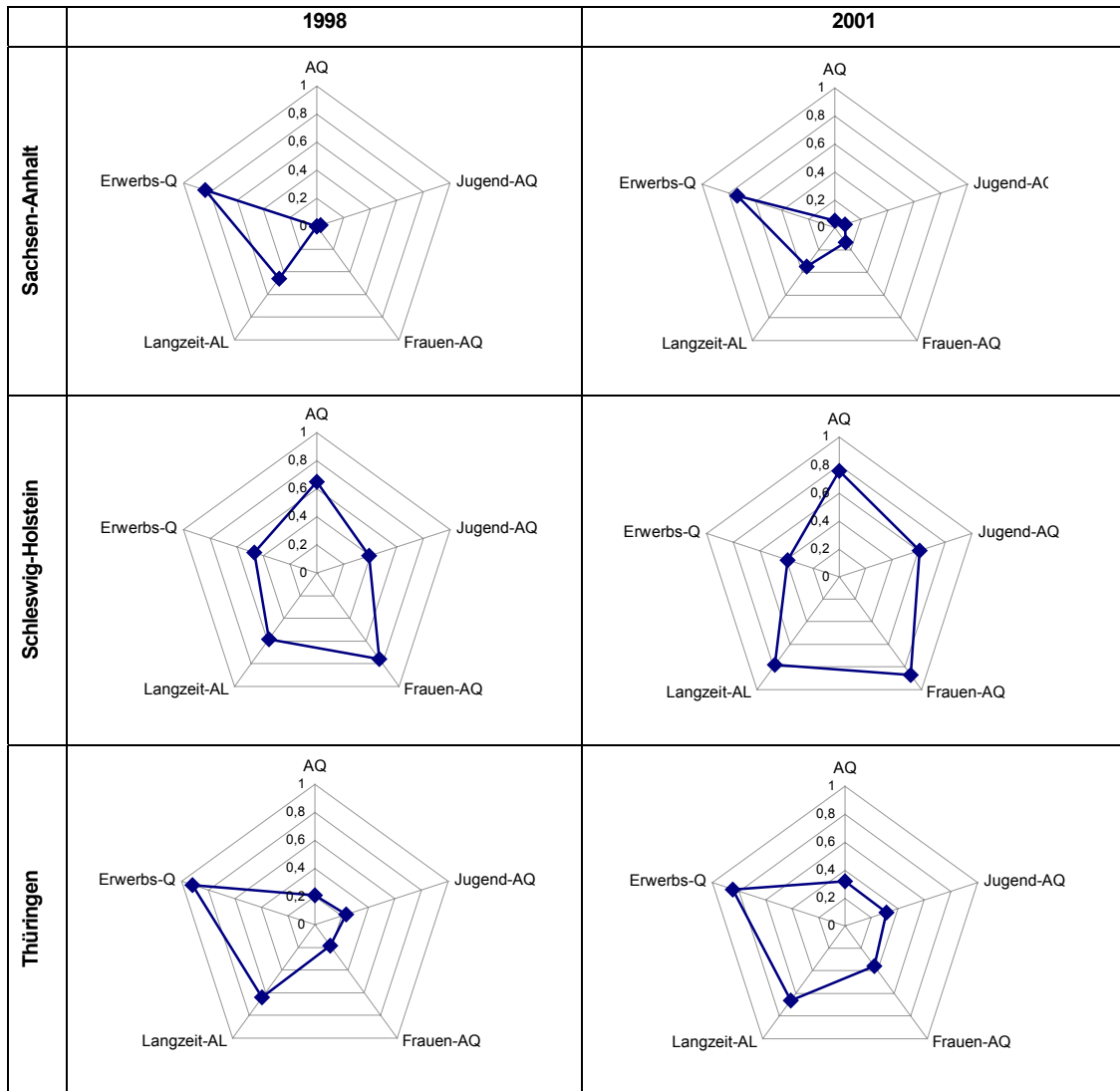






Länder Benchmarking 2002





## **5 Studie III: Wirtschafts-Benchmarking 1998 und 2001**

### **5.1 Skizze der zur Analyse herangezogenen Arbeitsmarktindikatoren**

Für das vorliegende Wirtschafts-Ranking wurden folgende Indikatoren herangezogen:

- (1) Bruttowertschöpfung pro Kopf der Bevölkerung
- (2) Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe pro Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe pro Beschäftigten
- (3) Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsgewerbe pro Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe
- (4) Investitionen im Produzierenden Gewerbe pro Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe
- (5) Insolvenzen der Unternehmen pro 1.000 Unternehmen
- (6) Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung (Sozialhilfequote)

Als Bezugspunkte wurden auch hier die Jahre 1998 und 2001 gewählt; die Länder wurden wiederum für jedes Jahr gesondert verglichen. Auch in dieses Benchmarking sind alleine die Flächenländer einbezogen worden, da die besonderen ökonomischen und sozialen Lagen der Stadtstaaten erhebliche Verzerrungen bei der Standardisierung und Positionierung verursacht hätten.

Der Auswahl der Indikatoren liegt die Überlegung zugrunde, dass für eine Einschätzung der sozioökonomischen Performanz sowohl klassische Indikatoren zur Leistungsfähigkeit der Ökonomie heranzuziehen als auch „dynamische“ Kriterien und schließlich ein Armutsindikator zu berücksichtigen sind. Mit den beiden Indikatoren zur Bruttowertschöpfung im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe pro Beschäftigten wurde intendiert, mehr als nur die allgemeine Wirtschaftskraft des Landes (gemessen als Bruttowertschöpfung pro Kopf der Bevölkerung) zu untersuchen, sondern darüber hinaus die Leistungsfähigkeit innerhalb einzelner Wirtschaftsbereiche zu erfassen. Um dynamische Faktoren in das Ranking einfließen zu lassen, wurden zudem die Investitionen im produzierenden Gewerbe sowie die Insolvenzen (quasi als negative Gegenstücke) einbezogen. Mit dem Indikator „Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung“ wurde schließlich ein Kriterium einbezogen, das die sozioökonomische Situation des untersten Bevölkerungssegmentes widerspiegelt, da die Daten zur Bruttowertschöpfung noch wenig über die Verteilung des Einkommens aussagen. Hiermit wurden die ökonomischen Daten in einen wohlfahrtsstaatlichen Kontext gesetzt<sup>3</sup>. Indikatoren zur Arbeitswelt (Arbeitslose, Erwerbsbeteiligung etc.), die im ökonomi-

---

<sup>3</sup> Der Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung als „soziales“ Kriterium macht im übrigen nur im intranationalen Vergleich Sinn. Im internationalen Vergleich dagegen müssten aufgrund der unterschiedlichen institutionellen Regelungen hinsichtlich der sozialen Unterstützung andere Indikatoren gewählt werden. Denkbar wäre hier der Abstand zwischen dem obersten und untersten Einkommensquantil o.ä.; hier liegen im übrigen für die Länderebene keine Daten vor.

schen Zusammenhang wichtig sind, wurden wegen des gesonderten Arbeitsmarktranking nicht in das vorliegende Ranking aufgenommen.

## 5.2 Ökonomische Performanz: Benchmarking der Einzelindikatoren

### 5.2.1 Bruttowertschöpfung

Wird zunächst die allgemeine Wirtschaftskraft der Länder anhand der Bruttowertschöpfung pro Kopf der Bevölkerung gemessen, so ist zunächst auffallend, dass in Hessen zwar die Wertschöpfung leicht zurückging, das Land dennoch zu beiden Zeitpunkten die beste Performanz zeigt, gefolgt von Bayern und Baden-Württemberg. Im mittleren Bereich liegen Nordrhein-Westfalen, das Saarland, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Markant sind die Verbesserungen des Saarlands und Rheinland-Pfalz um jeweils zwei Positionen, während Schleswig-Holstein um drei Positionen abrutscht, Niedersachsen um einen. Jedoch liegen die Werte der vier Länder äußerst nahe beieinander, sodass die Rangfolge hier recht wenig Aussagekraft besitzt.

<b>Tabelle 11 Bruttowertschöpfung 1989 und 2001</b>					
(BWS in 1.000 € pro Kopf der Bevölkerung)					
Quelle: StBA; eigene Berechnungen					
	1998		2001		+/- 1998/2001
	1.000 €	Rang	1.000 €	Rang	Rang
<b>Hessen</b>	29,15	1	28,45	1	→ 0
<b>Bayern</b>	26,36	2	27,20	2	→ 0
<b>Baden-Württemberg</b>	25,86	3	26,76	3	→ 0
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	22,36	4	23,76	4	→ 0
<b>Saarland</b>	20,62	7	21,38	5	↗ 2
<b>Rheinland-Pfalz</b>	19,71	8	21,18	6	↗ 2
<b>Niedersachsen</b>	20,85	6	21,07	7	↘ 1
<b>Schleswig-Holstein</b>	20,94	5	21,01	8	↘ 3
<b>Sachsen</b>	13,96	10	15,63	9	↗ 1
<b>Thüringen</b>	13,51	11	15,28	10	↗ 1
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	13,49	12	15,17	11	↗ 1
<b>Brandenburg</b>	15,22	9	15,15	12	↘ 3
<b>Sachsen-Anhalt</b>	13,32	13	15,06	13	→ 0

Mit deutlichem Abstand zu den westdeutschen bilden die ostdeutschen Länder die untere Gruppe in der Bruttowertschöpfung – Sachsen-Anhalt zu beiden Zeitpunkten mit der schwächsten Performanz. War die Gruppe 1998 noch vergleichsweise heterogen – Brandenburg lag recht deutlich vor den

anderen vier Ländern –, gleichen sich die Daten bis 2001 stärker an, wobei die anderen Länder gegenüber Brandenburg aufholen. Dennoch liegen sämtliche Werte in Ostdeutschland sowohl 1998 als auch 2001 deutlich unter den westdeutschen. Hessen erwirtschaftete pro Kopf seiner Bevölkerung 1998 noch über das Doppelte der einzelnen neuen Länder und auch 2001 wird nahezu der doppelte Wert erreicht.

Ein Grund für die niedrige Bruttowertschöpfung pro Kopf ist sicherlich die hohe Arbeitslosigkeit im Osten. Jedoch zeigt sich auch bei der Umrechnung auf die Beschäftigten in den einzelnen Sektoren (vgl. Abschn. 5.2.2 und 5.2.3), dass es noch einige Probleme hinsichtlich der ökonomischen Leistungsfähigkeit in Ostdeutschland gibt und es offensichtlich noch immenser Anstrengungen bedarf, um sich dem Westen anzunähern.

### 5.2.2 Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe

Wird die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe nun auf die in diesem Sektor Beschäftigten umgerechnet, so belegt Baden-Württemberg mit seiner gesunden Automobil- und Maschinenbauindustrie und seiner vergleichsweise florierenden mittelständischen Industriestruktur einen deutlichen ersten Platz im Ranking.

<b>Tabelle 12 Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe 1998 und 2001</b>					
(BWS im Produzierenden Gewerbe in 1.000 € pro Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe)					
Quelle: StBA; eigene Berechnungen					
	1998		2001		+/- 1998/2001
	1.000 €	Rang	1.000 €	Rang	Rang
<b>Baden-Württemberg</b>	56,09	1	54,24	1	→ 0
<b>Hessen</b>	49,80	4	50,93	2	↗ 2
<b>Bayern</b>	52,63	2	49,89	3	↘ 1
<b>Niedersachsen</b>	48,83	6	49,77	4	↗ 2
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	52,51	3	49,76	5	↘ 2
<b>Rheinland-Pfalz</b>	45,93	8	46,37	6	↘ 2
<b>Saarland</b>	49,39	5	46,07	7	↘ 2
<b>Schleswig-Holstein</b>	48,72	7	45,78	8	↘ 1
<b>Sachsen</b>	33,46	11	34,35	9	↗ 2
<b>Sachsen-Anhalt</b>	36,04	10	33,48	10	→ 0
<b>Brandenburg</b>	44,10	9	32,67	11	↘ 2
<b>Thüringen</b>	32,27	12	30,63	12	→ 0
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	31,02	13	29,39	13	→ 0

Folgen 1998 noch Bayern, dann Nordrhein-Westfalen, Hessen, das Saarland und Rheinland-Pfalz, so finden bis 2001 einige Verschiebungen statt: Auf Platz zwei rückt nun Hessen (mit deutlichem Abstand zu Platz eins), erst Position drei wird von Bayern belegt, das damit um eine Position abfällt. Nahe beieinander liegen Niedersachsen (plus zwei Positionen) und Nordrheinwestfalen (minus zwei Positionen) auf den Plätzen vier und fünf der Rangliste. Die Plätze sechs und sieben werden von Rheinland-Pfalz und dem Saarland besetzt, beide fallen um zwei Positionen ab.

Die letzten fünf Positionen werden wieder von den neuen Ländern belegt, wobei Mecklenburg-Vorpommern die geringste Wertschöpfung pro Beschäftigten Im Produzierenden Gewerbe erzielt. Sachsen rückt von Platz elf auf Platz neun auf; Brandenburg fällt mit einem sehr deutlichen Rückgang der Wertschöpfung von Platz neun auf Platz elf zurück.

Obwohl die Tendenz bei der Belegung der verschiedenen Positionen recht stabil ist (die meisten „cluster“ bleiben nahe zusammen), sind die Entwicklungen sehr unterschiedlich: Nur Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen können bei der Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe leicht zulegen; in allen anderen Ländern finden wir einen leichten Rückgang.

### **5.2.3 Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsgewerbe**

Anders sieht dies im Dienstleistungssektor aus. Abgesehen von Hessen sind in allen anderen Ländern Zuwächse (in Ostdeutschland z.T. sogar recht beachtliche) zu verzeichnen. Gleichwohl liegt Hessen mit seiner Dienstleistungs- und Finanzmetropole Frankfurt auch 2001 noch mit Abstand an erster Stelle. Bayern und Baden-Württemberg sind, wie bei den meisten anderen Indikatoren, ebenfalls in der Spitzengruppe, dicht gefolgt von Nordrhein-Westfalen. Das Saarland liegt an fünfter, Niedersachsen an sechster Stelle. All diese Länder haben ihre Positionen zwischen 1998 und 2001 nicht verändert. Schleswig Holstein und Rheinland-Pfalz tauschen 2001 ihre Plätze sieben und acht. Die neuen Bundesländer bilden wie üblich bei diesem Indikator die Schlussgruppe, auch hier mit deutlichem Abstand zu den westdeutschen Ländern. Aufwärtsbewegungen innerhalb dieser Gruppe finden sich bei Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen; Sachsen und Brandenburg dagegen sinken um jeweils einen Rang ab.

Wiederum zeigt sich auch hier, dass die ostdeutschen Bundesländer ganz eklatant den westdeutschen hinterherhinken und noch einen starken Aufholbedarf haben.

<b>Tabelle 13 Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsgewerbe 1989 und 2001</b>					
(BWS im Dienstleistungsgewerbe in 1.000 € pro Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe)					
Quelle: StBA; eigene Berechnungen					
	1998		2001		+/- 1998/2001
	1.000 €	Rang	1.000 €	Rang	
Hessen	75,04	1	67,21	1	→ 0
Bayern	59,94	2	61,33	2	→ 0
Baden-Württemberg	57,56	3	59,49	3	→ 0
Nordrhein-Westfalen	56,17	4	59,24	4	→ 0
Saarland	53,91	5	55,10	5	→ 0
Niedersachsen	49,35	6	49,07	6	→ 0
Rheinland-Pfalz	46,18	8	48,76	7	↗ 1
Schleswig-Holstein	46,83	7	48,44	8	↘ 1
Mecklenburg-Vorpommern	34,12	10	39,45	9	↗ 1
Sachsen-Anhalt	31,94	11	39,31	10	↗ 1
Sachsen	34,19	9	38,94	11	↘ 1
Thüringen	31,48	13	37,09	12	↗ 1
Brandenburg	31,73	12	35,94	13	↘ 1

#### 5.2.4 Sozialhilfequote

Die Sozialhilfequote stellt einen Armutsindikator dar, der üblicherweise in engem Zusammenhang mit der Höhe der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit steht. Mit der Erholung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit kann der Anteil der Bevölkerung, der laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bezieht, ebenfalls gesenkt werden. In vier Ländern der Bundesrepublik, Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, gelingt dies zwischen 1998 und 2001 jedoch nicht. Betrachtet man parallel hierzu nun die Arbeitsmarktdaten, zeigt sich der oben genannte Zusammenhang: In allen Ländern der Bundesrepublik ist die Arbeitslosigkeit zwischen 1998 und 2001 zurückgegangen, in den genannten Ländern jedoch nur so geringfügig, dass sich dies offensichtlich nicht auf den Anteil der Sozialhilfeempfänger ausgewirkt hat. Mehr noch, werden nun noch die Langzeitarbeitslosigkeit hinzugezogen, zeigt sich, dass die Länder mit einem Zuwachs an Langzeitarbeitslosen (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt) auch jene Länder sind, die einen Zuwachs an Sozialhilfeempfängern zu verzeichnen haben. Die Ausnahme bildet Brandenburg, das zwar die Langzeitarbeitslosigkeit stark senken konnte, dennoch einen Zuwachs des Anteils an Sozialhilfeempfängern in der Bevölkerung verbuchen muss. Allerdings gelang es Brandenburg auch nicht, die Arbeitslosenquote zu drücken.

**Tabelle 14 Sozialhilfequoten 1989 und 2001**  
(Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt; Anteil an der Bevölkerung in %; Veränderungen in Prozentpunkten; Veränderungen des Ranges)  
Quelle: BA; eigene Berechnungen

	1998		2001		+/- 1998/2001	
	Quote	Rang	Quote	Rang	Quote	Rang
<b>Bayern</b>	2,05	3	1,73	1	- 0,32	↗ 2
<b>Thüringen</b>	1,98	1	1,97	2	- 0,01	↘ 1
<b>Baden-Württemberg</b>	2,44	5	1,99	3	- 0,45	↗ 2
<b>Brandenburg</b>	2,13	4	2,23	4	+ 0,10	→ 0
<b>Sachsen</b>	1,99	2	2,49	5	+ 0,50	↘ 3
<b>Rheinland-Pfalz</b>	3,06	8	2,53	6	- 0,53	↗ 2
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	2,56	6	2,87	7	+ 0,31	↘ 1
<b>Sachsen-Anhalt</b>	2,70	7	3,29	8	+ 0,59	↘ 1
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	3,87	9	3,58	9	- 0,29	→ 0
<b>Hessen</b>	4,34	11	3,84	10	- 0,50	↗ 1
<b>Niedersachsen</b>	4,30	10	3,90	11	- 0,40	↘ 1
<b>Schleswig-Holstein</b>	4,50	12	4,27	12	- 0,23	→ 0
<b>Saarland</b>	5,0	13	4,30	13	- 0,70	→ 0

Die Schlussgruppe des Einzelrankings wird von Sachsen-Anhalt sowie den fünf westdeutschen Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und dem Saarland gebildet. Hier haben zwischen 1998 und 2001 nur geringfügige Veränderungen stattgefunden. Die beste Position bekleidet Bayern, dicht gefolgt von Thüringen und Baden-Württemberg. Im Mittelfeld liegen Brandenburg, Sachsen, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern.

In der Gesamtbetrachtung spiegelt sich damit ebenfalls der relativ starke Zusammenhang zwischen Langzeitarbeitslosigkeit und Sozialhilfequote vor allem in Westdeutschland: Das Saarland, mit seiner höchsten Langzeitarbeitslosigkeit weist auch die höchste Sozialhilfequote auf.

### 5.2.5 Investitionen

Schon Anfang der 1990er Jahre stellte Sachsen-Anhalt das Land dar, welches mit Abstand die höchsten Investitionen im Produzierenden Gewerbe tätigte. Auch 2001 haben wir es in Sachsen-Anhalt mit der höchsten Investitionstätigkeit zu tun. Dies schlägt sich allerdings kaum in der ökonomischen Leistungsfähigkeit – bei den meisten anderen ökonomischen und arbeitsmarktlichen Indikatoren liegt das Land im unteren Bereich.



<b>Tabelle 15 Investitionen im produzierenden Gewerbe 1989 und 2001</b>					
(Investitionen im Produzierenden Gewerbe pro Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe, in €)					
Quelle: StBA; eigene Berechnungen					
* aktuelle Daten nicht zur Verfügung					
	1998		1999*		+/- 1998/1999
	€	Rang	€	Rang	Rang
<b>Sachsen-Anhalt</b>	7.544,44	1	7.307,15	1	→ 0
<b>Hessen</b>	6.295,62	2	6.094,64	2	→ 0
<b>Baden-Württemberg</b>	5.537,21	4	5.907,73	3	↗ 1
<b>Niedersachsen</b>	5.373,86	6	5.840,99	4	↗ 2
<b>Sachsen</b>	5.446,74	5	5.829,72	5	→ 0
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	5.230,95	7	5.706,27	6	↗ 1
<b>Bayern</b>	5.620,71	3	5.511,55	7	↘ 4
<b>Brandenburg</b>	5.141,62	8	5.492,42	8	→ 0
<b>Thüringen</b>	4.552,41	11	5.254,41	9	↗ 2
<b>Rheinland-Pfalz</b>	4.976,62	9	4.879,14	10	↘ 1
<b>Schleswig-Holstein</b>	4.100,64	12	4.329,83	11	↗ 1
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	4.028,80	13	4.309,44	12	↗ 1
<b>Saarland</b>	4.577,43	10	4.247,13	13	↘ 3

Platz zwei der Rangliste belegt 2001 unverändert Hessen. Baden-Württemberg, Niedersachsen, Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Brandenburg und Thüringen folgen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland liegen auf den letzten Positionen. Auffallend ist das Absinken Bayerns um vier Positionen. Dies ist allerdings weniger damit begründet, dass in Bayern die Investitionstätigkeit drastisch nachlässt – der Rückgang ist nur gering – als vielmehr mit den deutlich gestiegenen Investitionen in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Sachsen und Nordrhein-Westfalen, welche nun vorrücken und Bayern auf einen mittleren siebten Platz verweisen.

Mittlerweile scheint sich in den ostdeutschen Bundesländern hinsichtlich der Investitionen eine gewisse Normalisierung eingestellt zu haben. Lagen in den Anfangsjahren nach der Wiedervereinigung die Investitionen in allen neuen Ländern noch sehr deutlich über denen in den alten Ländern, differenzierte sich die Lage später aus und die ostdeutschen Länder zeigten kein einheitliches Bild mehr. Angesichts der ansonsten durchaus schlechten Wirtschaftslage, ist diese Entwicklung eher mit Skepsis zu beurteilen. So kann (z.B. anhand des Anteils der Beschäftigten in den verschiedenen Sektoren) beobachtet werden, dass der Erfolg von Ländern wie Baden-Württemberg und Bayern sich nicht alleine auf den wachsenden Dienstleistungsanteil zurückführen lässt, sondern das industrielle Standbein hier ungebrochen stark ist.

### 5.2.6 Insolvenzen

Der letzte in diesem Ranking betrachtete Indikator, die Insolvenzen, ist gerade im Bundestagswahlkampf ins Blickfeld der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Grund hierfür waren die rapide steigenden Insolvenzzahlen in den Statistiken. Bei der Interpretation ist jedoch dringend Vorsicht geboten, so ist ein Großteil der steigenden Insolvenzen auf die seit 1999 mögliche Anmeldung der Insolvenz durch Privatpersonen zurückzuführen. Aus diesem Grund wurden im folgenden nur Unternehmensinsolvenzen ins Ranking aufgenommen. Jedoch führten einige Veränderungen im neuen Insolvenzrecht auch hier zu einer (allerdings sehr leichten) Erhöhung des Gesamtniveaus – 1998 und 2001 sind in absoluten Zahlen damit nicht vergleichbar, alleine die Rangfolge kann miteinander verglichen werden<sup>4</sup>.

Hinsichtlich dieser werden zu beiden Zeitpunkten die besten Plätze von Baden-Württemberg und Bayern belegt, Position drei von Rheinland-Pfalz. Auffallend ist die positive Entwicklung im Saarland – das Land kann sich um vier Positionen von Platz acht auf Platz vier verbessern; dabei ist die Zahl der Insolvenzen, und damit steht das Saarland alleine, deutlich rückgängig. Gegensätzlich hierzu stellt sich die Situation in Niedersachsen dar; das Land verliert vier Plätze und rutscht von Position vier auf Position acht ab. Auch Mecklenburg-Vorpommern fällt bei einem überdurchschnittlichen Zuwachs an Insolvenzen (der selbst, wenn die genannten rechtlichen und statistischen Veränderungen berücksichtigt werden, äußerst hoch ist), um vier Positionen von Platz neun auf den letzten Platz 13.

Auch bei diesen Daten liegen die neuen Länder wieder mit Abstand auf den letzten Rangplätzen. Die Insolvenzzahlen für Mecklenburg-Vorpommern betragen 2001 fast das Vierfache der Zahlen für Baden-Württemberg. Schon 1998 waren ähnliche Relationen zwischen Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg festzustellen. Damit belegen auch diese Daten die äußerst instabile Lage in Ostdeutschland.

---

<sup>4</sup> Der starke Anstieg der Insolvenzen bei Einzelunternehmen, bei Angehörigen freier Berufe und natürlichen Personen im Jahre 2002 ist vor allem in einer weiteren Änderung des Insolvenzrechts Ende 2001 begründet. Dabei wurde der Zeitraum bis zur möglichen Befreiung von Restschulden von sieben auf sechs Jahre verkürzt. Zudem können seit Dezember 2001 die Verfahrenskosten für mittellose Personen und Unternehmen gestundet werden. Dies hat dazu geführt, dass viele Betroffene die Rechtsänderung abgewartet und erst 2002 einen Insolvenzantrag gestellt haben. Vergleichbar zwischen 2002 und 2001 sind deswegen nur die Insolvenzen bei Personen- und Kapitalgesellschaften.

<b>Tabelle 16 Insolvenzen der Unternehmen 1989 und 2001</b>					
(Insolvenzen der Unternehmen pro 1.000 Unternehmen*)					
Quelle: StBA; eigene Berechnungen					
	1998		2001		+/- 1998/2001
	Insolvenzen/ tsd. Untern.	Rang	Insolvenzen/ tsd. Untern.	Rang	Rang
<b>Baden-Württemberg</b>	5,9	1	6,7	1	→ 0
<b>Bayern</b>	7,0	2	7,8	2	→ 0
<b>Rheinland-Pfalz</b>	7,6	3	8,6	3	→ 0
<b>Saarland</b>	9,1	8	8,6	4	↗ 4
<b>Hessen</b>	8,7	6	8,7	5	↗ 1
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	8,4	5	10,6	6	↘ 1
<b>Schleswig-Holstein</b>	8,9	7	10,8	7	→ 0
<b>Niedersachsen</b>	8,1	4	11,6	8	↘ 4
<b>Thüringen</b>	18,2	10	18,0	9	↗ 1
<b>Brandenburg</b>	19,5	11	19,7	10	↗ 1
<b>Sachsen</b>	21,1	12	19,7	11	↗ 1
<b>Sachsen-Anhalt</b>	24,2	13	25,0	12	↗ 1
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	16,6	9	25,8	13	↘ 4

\* Aufgrund der Änderung des Insolvenzrechts sind die Daten zwischen den Jahren nicht vergleichbar. Länder innerhalb eines Jahres sowie die Rangfolge im Jahresvergleich sind uneingeschränkt vergleichbar.

### 5.3 Zusammenfassung und Gesamtdarstellung: Wirtschafts-Benchmarking

Die ökonomische Entwicklung zwischen 1998 und 2001 zeigt sich insgesamt wenig spektakulär. Die Investitionstätigkeit hat sich zwar in einigen Ländern leicht verstärkt, jedoch ist sie in anderen Ländern rückläufig. Verbessert hat sich die Sozialhilfequote, was dem Abbau der Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit zu verdanken ist. Einem leichten Zuwachs der Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsgewerbe stehen leichte Rückgänge im Produzierenden Gewerbe gegenüber. Zwar ist die Entwicklung zwischen den Ländern heterogen, Ausschläge nach oben oder unten sind im Vergleichszeitraum jedoch kaum zu verzeichnen. Im Ranking des Gesamtindikators mithilfe standardisierter Werte zeigen sich entsprechend nur sehr wenig Bewegungen. Verschiebungen bei den Listenplätzen scheinen nicht grundsätzlicher Natur zu sein und die Grundtendenz des Benchmarkings zu verändern, sondern Verschiebungen finden weitgehend innerhalb von jeweils recht nahe beieinander liegenden Clustern statt.

Tabelle 17 Veränderung der Positionen im Wirtschafts-Benchmarking von 1998 auf 2001

	1998		2001	+ / -		1998		2001	+ / -
Baden-Württemberg	2	→	1	↗ 1	Schleswig-Holstein	8	→	8	→ 0
Bayern	1	→	2	↘ 1	Sachsen	11	→	9	↗ 2
Hessen	3	→	3	→ 0	Thüringen	12	→	10	↗ 2
Nordrhein-Westfalen	4	→	4	→ 0	Sachsen-Anhalt	9	→	11	↘ 2
Rheinland-Pfalz	5	→	5	→ 0	Brandenburg	10	→	12	↘ 2
Niedersachsen	6	→	6	→ 0	Mecklenburg-Vorpommern	13	→	13	→ 0
Saarland	7	→	7	→ 0					

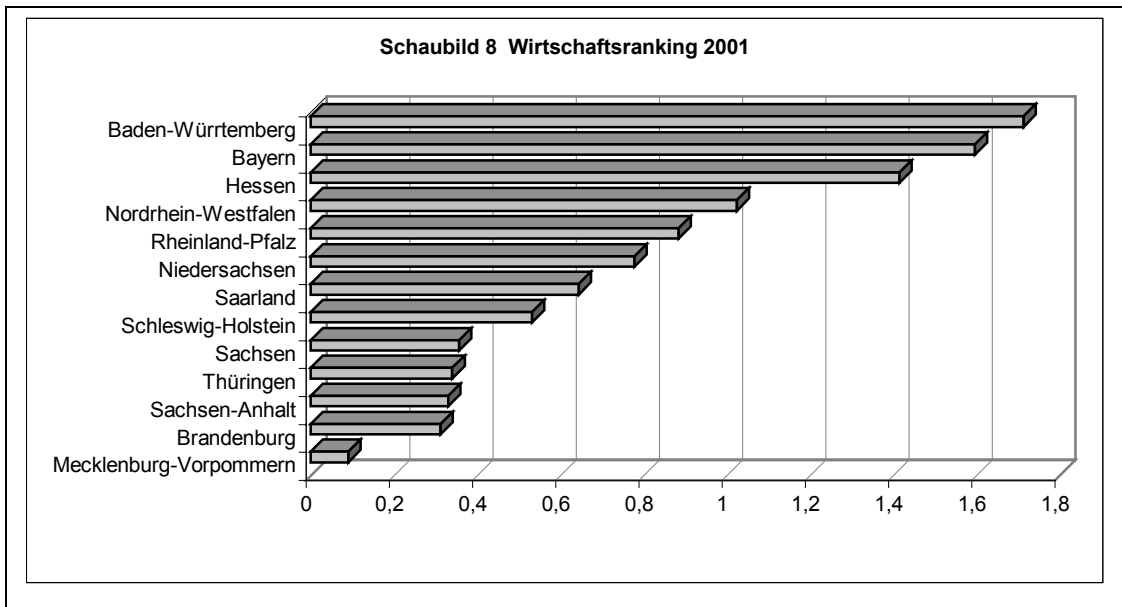
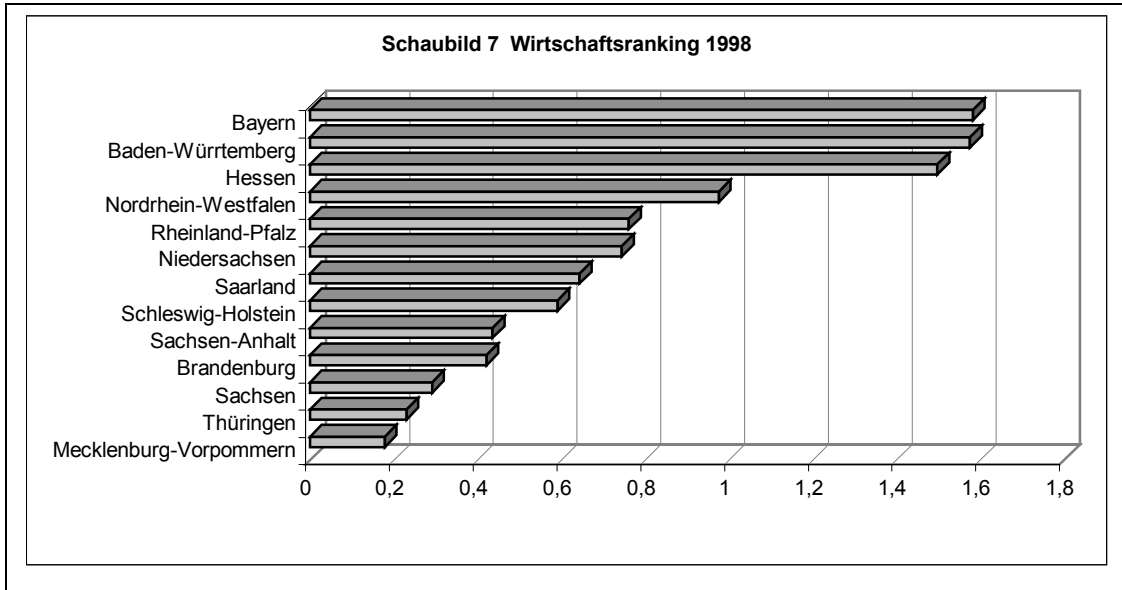
- **Bayern, Baden-Württemberg** und **Hessen** bilden die drei Bundesländer mit den deutlich besten ökonomischen Performanzdaten. Zwar muss Bayern zugunsten Baden-Württembergs seinen ersten Platz aufgeben (hier schlagen sich vor allem die geringen Investitionen in Bayern nieder, zudem die leicht höheren Insolvenzen und die geringere Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe), jedoch liegen die beiden Länder ausgesprochen nahe beieinander, sodass diese Positionszuweisung nicht zwingend stabil ist.
- Trotz diverser ernster Probleme im Ruhrgebiet liegt die Gesamtperformanz **Nordrhein-Westfalens** an der Spitze eines recht breiten Mittelfelds. Allerdings ist der Leistungsabstand zu den Spitzenländern deutlich und der stabile vierte Platz ist vorrangig auf die hohe Bruttowertschöpfung des Landes zurückzuführen. Werden die anderen Indikatoren für 2001 betrachtet, relativiert sich das Bild: Bei der Sozialhilfequote belegt das Land Platz neu, bei den Investitionen und Insolvenzen jeweils Platz sechs.
- **Rheinland-Pfalz** liegt ebenfalls im Mittelfeld und dort unverändert auf Platz fünf. Gegenüber dem Nachbarland Nordrhein-Westfalen liegt hier die Bruttowertschöpfung deutlich niedriger. Jedoch konnte das Land bei diesem Indikator seine Werte leicht verbessern – erreicht jedoch noch immer nicht das gleiche Niveau wie Nordrhein-Westfalen. Insbesondere im Dienstleistungsgewerbe bleibt die Bruttowertschöpfung pro Beschäftigtem stark hinter Nordrhein-Westfalen zurück. Schwach bleiben auch die Investitionen im Produzierenden Gewerbe. Dagegen konnte die Sozialhilfequote gesenkt und der Rang von acht auf sechs verbessert werden. Auch bei den Insolvenzen präsentiert sich das Land gut; hier belegt es einen stabilen dritten Platz.
- Ebenfalls stabil bleibt der sechste Platz für **Niedersachsen**. Deutlich ist die gute Position bei der Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe, hier kann sich das Land zwischen 1998 und

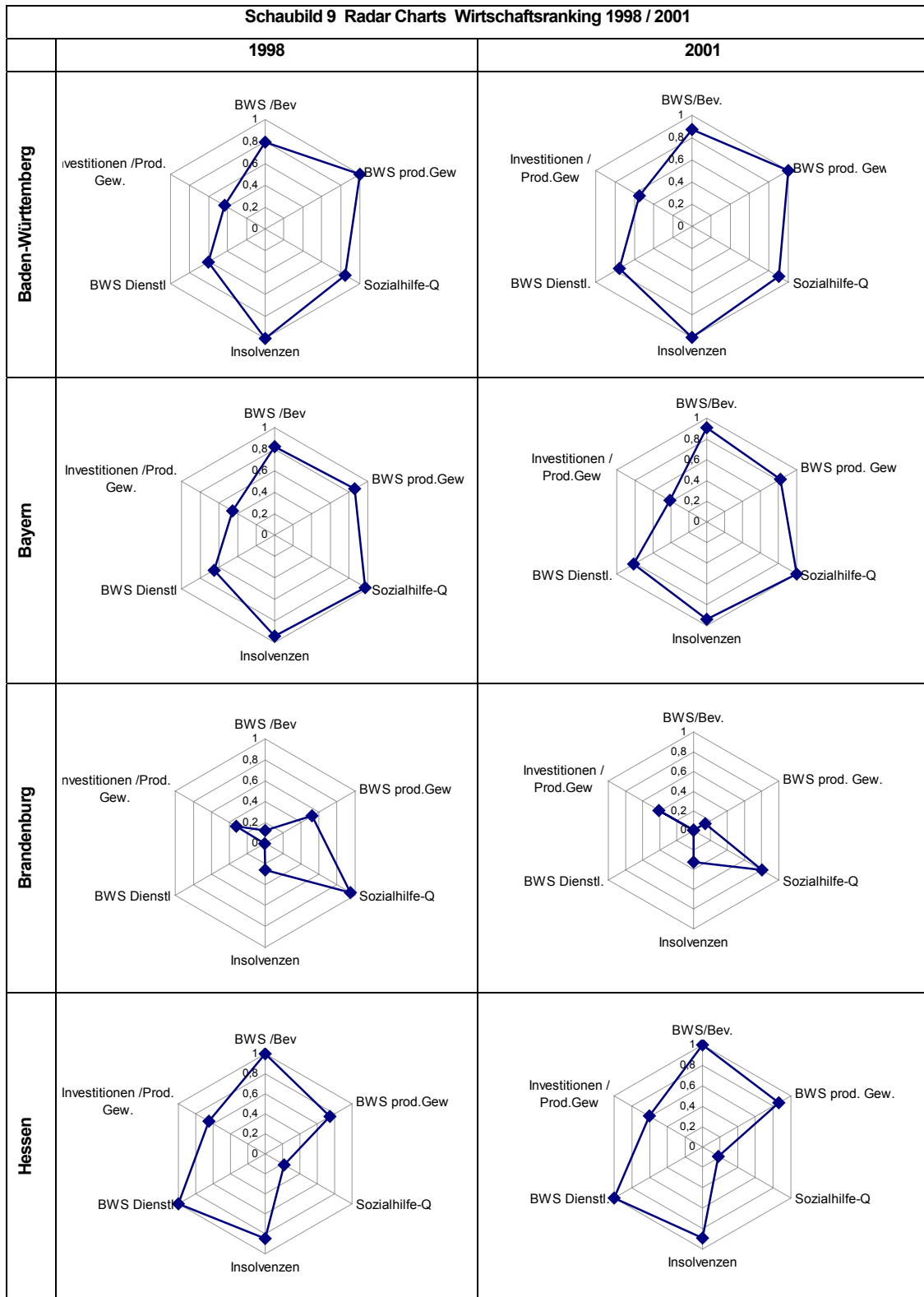
2001 vom sechsten auf den vierten Platz vorarbeiten. Deutliche Schwächen dagegen sind beim Armutsindikator zu beobachten: Im Jahre 2001 liegt Niedersachsen auf Platz elf bei der Sozialhilfequote und auch bei den Insolvenzen zeigen sich Defizite – hier verschlechterte Niedersachsen seine Position um vier Punkte von Platz vier auf Platz acht.

- Das **Saarland** liegt zu beiden Zeitpunkten auf Rang sieben und konnte damit keinen Aufholprozess einleiten. Bei der Bruttowertschöpfung im produzierenden Gewerbe hat das Land einen Rückgang zu verzeichnen und sinkt um zwei Positionen von Platz fünf auf Platz sieben. Im Dienstleistungsgewerbe legt das Saarland leicht zu behält jedoch seine Position fünf. Positiv zeigt sich die Entwicklung bei den Insolvenzen, hier ist ein Rückgang zu verzeichnen und kann sich das Land um vier Positionen von Platz acht auf Platz vier vorschieben. Alarmierend dagegen sind die Daten bei der Sozialhilfequote und bei den Investitionen im Produzierenden Gewerbe – bei beiden Indikatoren belegt das Land den letzten Platz und zeigt auch in absoluten Zahlen einen sehr deutlichen Abstand zu den anderen (westdeutschen) Ländern. Gleichwohl konnte das Saarland die Sozialhilfequote am stärksten von allen Ländern senken.
- Auch **Schleswig-Holstein** gehört zu den westdeutschen Ländern mit einer eher schwachen Performanz im unteren Mittelfeld. Bei der Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe sind Rückgänge zu verzeichnen und das Land rutscht von Platz sieben auf Platz acht, leichte Zuwächse im Dienstleistungssektor können ebenfalls nicht verhindern, dass auch hier eine Position verloren wird – Rheinland-Pfalz konnte leicht bessere Werte erzielen und verdrängte Schleswig-Holstein von Platz sieben auf Platz acht. Besonders alarmierend ist auch in Schleswig-Holstein die hohe Sozialhilfequote, die knapp vor dem Saarland liegt und damit unverändert auf Platz zwölf. Auch der Zuwachs an Investitionen ist zu gering, um eine deutliche Positionsverschiebung zu bewirken. Zwar kann das Land sich von Platz elf auf Platz zwölf vorarbeiten, gleichwohl bleiben die Investitionen in Schleswig-Holstein sehr nahe bei den schwächsten Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Saarland.
- **Sachsen** bildet zusammen mit den anderen ostdeutschen Ländern die Schlussgruppe, die einen deutlichen Abstand zum Mittelfeld zeigt. Jedoch kann das Land seine Position um zwei Stellen verbessern und liegt 2001 auf Platz neun. Verantwortlich hierfür ist trotz niedrigerer Positionen bei der Bruttowertschöpfung, eine vergleichsweise geringe Sozialhilfequote und relativ hohe Investitionen (Platz fünf). Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Sozialhilfequote in Sachsen von einem niedrigen Niveau ausgehend 2001 deutlich gestiegen ist, während sie in den westdeutschen Bundesländern gesenkt werden konnte. Auch die Investitionen im

Produzierenden Gewerbe bleiben hinter den westdeutschen Spitzenländern Bayern und Baden-Württemberg zurück – gerade für die ostdeutschen Länder wären hier höhere Werte notwendig.

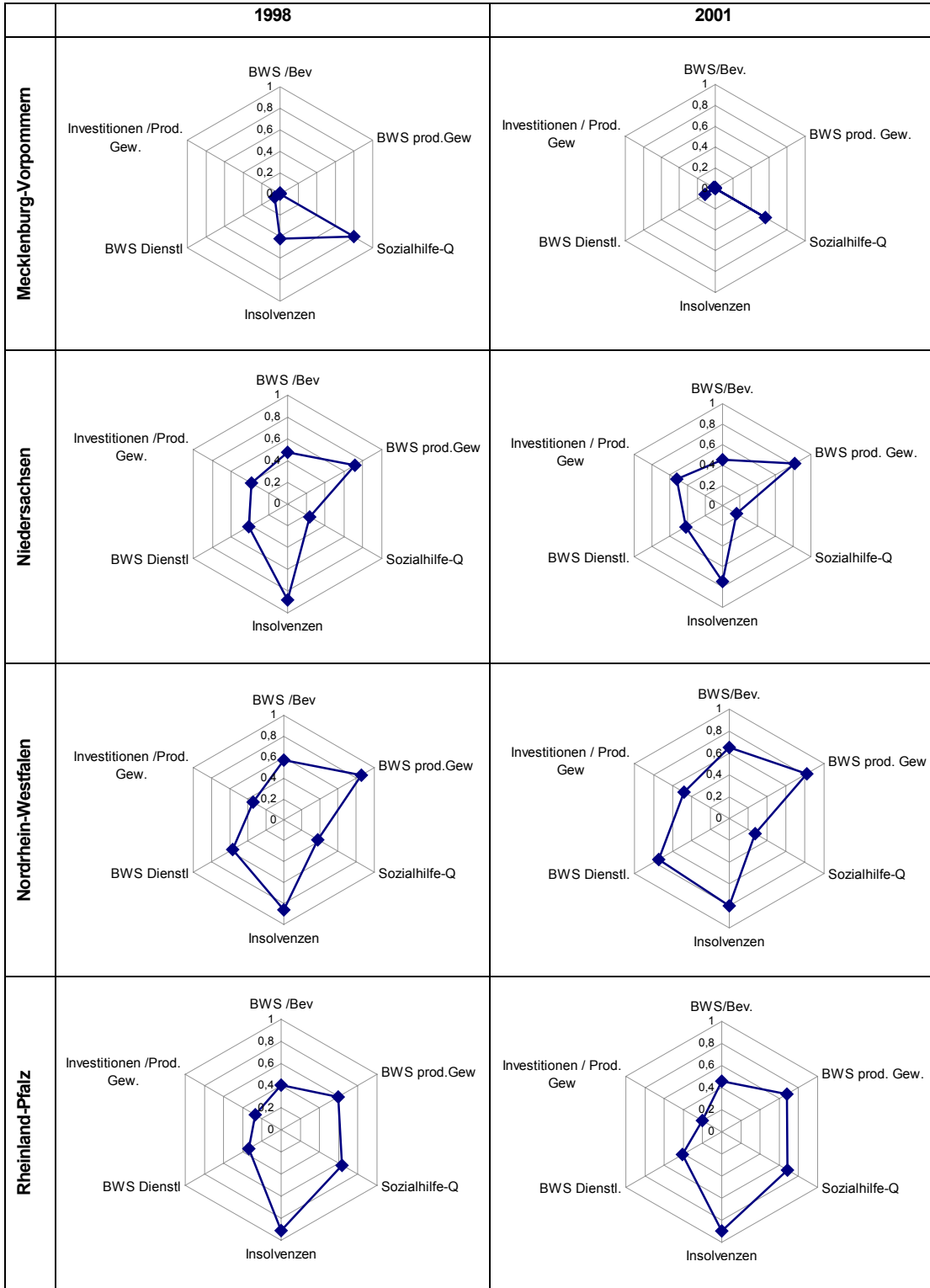
- Auch **Thüringen** konnte sich um zwei Positionen (von Platz zwölf auf Platz zehn) verbessern und liegt nun fast auf gleicher Höhe wie Sachsen. Stärken und Schwächen sind hier tendenziell gleich verteilt. Thüringen verfügt über eine äußerst niedrige Sozialhilfequote (Platz zwei) und hat bei den Investitionen deutlich (allerdings schwächer als Sachsen) zulegen können. Besondere Schwächen sind wie in allen neuen Ländern bei der Bruttowertschöpfung und den Insolvenzen zu erkennen.
- Den äußerst hohen Investitionen **Sachsen-Anhalts** im produzierenden Gewerbe (Platz eins) stehen keine signifikanten Verbesserungen bei den anderen Indikatoren gegenüber. Die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe sinkt, die Insolvenzen und die Sozialhilfequote steigen. Deutliche Zuwächse sind alleine bei der Bruttowertschöpfung im Dienstleistungs-gewerbe zu verzeichnen, dennoch belegt Sachsen-Anhalt auch hier weiterhin nur Platz zehn. Mit dem schlechtesten Wert in der Bruttowertschöpfung pro Kopf, der schwächsten Sozialhilfequote unter den neuen Ländern und dem zweitschlechtesten Insolvenzwert fällt das Land um zwei Positionen hinter Sachsen und Thüringen zurück und belegt 2001 Position elf.
- **Brandenburg** kann seine Position ebenfalls nicht verteidigen sondern fällt von Platz zehn auf Platz zwölf hinter Sachsen-Anhalt. Äußerst schwache Werte bei der Bruttowertschöpfung und hohe Insolvenzen können durch vergleichsweise gute Ränge bei der Sozialhilfe und mittlere Werte bei den Investitionen nicht kompensiert werden.
- **Mecklenburg-Vorpommern** schließlich bildet das Schlusslicht des Wirtschaftsrankings. Sind die Performanzunterschiede zwischen den west- und ostdeutschen Ländern sehr hoch, jedoch zwischen Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg ausgesprochen gering, zeigt Mecklenburg-Vorpommern hierzu noch einmal einen klaren Abstand. Abgesehen von der Sozialhilfequote und der Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor liegen sämtliche Einzelwerte auf den letzten drei Rängen. Zudem sind hier, anders als in den anderen neuen Ländern, bei keinem Wert besondere Stärken zu erkennen.

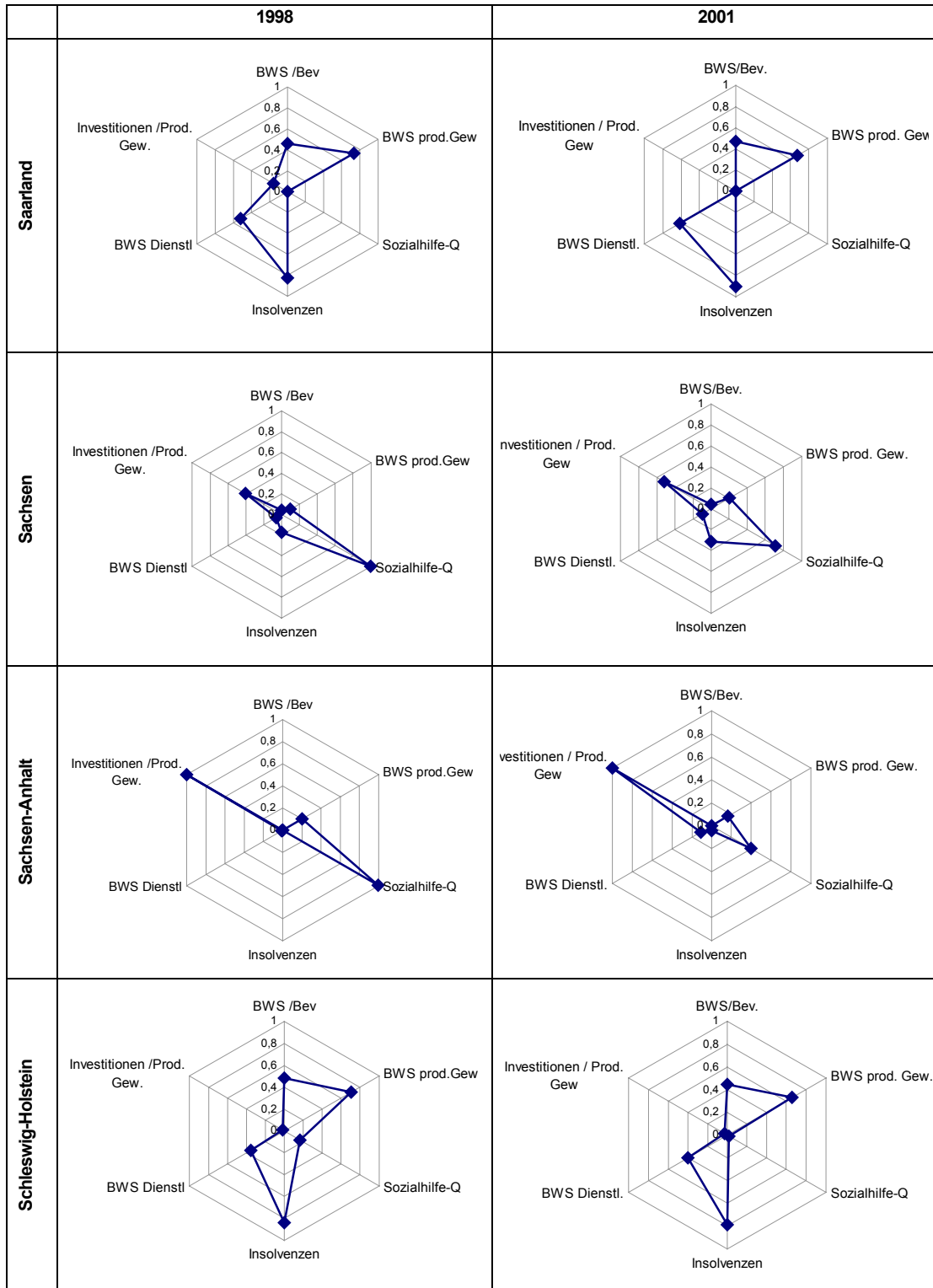




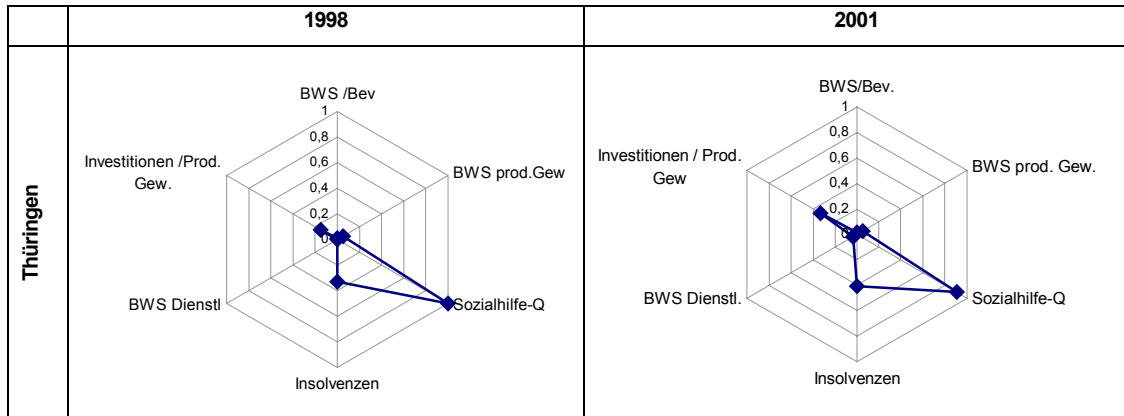


Länder Benchmarking 2002





Länder Benchmarking 2002



## Literatur

- Arndt, Hans-Wolfgang / Dohnanyi, Klaus von / Schneider, Hans-Peter / Süßmuth, Rita / Weidenfeld, Werner*, 2000: Entflechtung 2005. Zehn Vorschläge zur Optimierung der Regierungsfähigkeit im deutschen Föderalismus, Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung.
- Auer, Peter*, 1998: Monitoring Labour Market Policy in EU Member States, in: Auer, Peter (ed.); Employment Policy in Focus, Berlin: Institute for Applied Socio-Economics, 232-245.
- Bandemer, Stephan von*, 1998: Benchmarking, in: Blancke, Bernhard et al. (Hrsg.); Handbuch zur Verwaltungsreform, Opladen: Leske und Budrich, 362-369.
- Benchmarking Center*, 2000: Die Idee des Benchmarking, Quelle: <http://www.avk.fhg.de/bmc/was/index.htm>; Zugriff: 12-27-2000.
- Bertelsmann Stiftung(Hrsg.)*, 2000: Internationales Beschäftigungs-Ranking 2000, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung(Hrsg.)*, 2001: Die Bundesländer im Standortwettbewerb, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Blancke, Susanne*, 2002: Politikinnovationen im Schatten des Bundes. Eine Untersuchung von Policy-Innovationen und -Diffusionen anhand der Arbeitsmarktpolitik der Länder, Tübingen, Dissertation (i.E., Opladen: Leske und Budrich).
- Blancke, Susanne / Lindlohr, Andrea / Schmid, Josef*, 2001: Wer führt? Ein Benchmarking der Bundesländer nach Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsindikatoren, WIP Occasional Paper Nr. 14-2001, Tübingen: Institut für Politikwissenschaft. <http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/schmid5.htm>
- Blancke, Susanne / Schmid, Josef*, 1998: Die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer im Vergleich, EZFF Occasional Paper Nr. 18, Tübingen: Europäisches Zentrum für Föderalismusforschung.
- Blancke, Susanne / Schmid, Josef*, 1999: Innovation, Variation, Diffusion: Lernende Politik im Bundesstaat, in: WIP-Schwerpunktheft: Vom Vergleich zum Lernen. Zwei Beiträge zur materiellen Föderalismusanalyse, WIP Occasional Paper Nr. 11-1999, Tübingen: Institut für Politikwissenschaft, 3-11. <http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/schmid5.htm>
- Blancke, Susanne / Schmid, Josef*, 2000: Die Bundesländer in der aktiven Arbeitsmarktpolitik, WIP Occasional Paper Nr. 12-2000, Tübingen: Institut für Politikwissenschaft.
- Braun, Dietmar*, 1996: Der Bundesdeutsche Föderalismus an der Wegscheide. Interessenkonstellationen, Akteurskonflikte und institutionelle Lösungen, in: Staatswissenschaften und Staatspraxis, Jg. 7, Nr. 2, 101-135.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 11.4.2000: Benchmarking als Unternehmenspolitik.
- Männle, Ursula*, 1997: Grundlagen und Gestaltungsmöglichkeiten des Föderalismus in Deutschland, in: ApuZ, B. 24, 3-11.
- Miegel, Meinhard*, 1998: Wettbewerb und Ergebnisgleichheit, in: WiSt, Jg. 27, Nr. 8, 1.
- Mosley, Hugh / Mayer, Antje*, 1999: Benchmarking National Labour Market Performance: A Radar Chart Approach, WZB Discussion Paper FS I 99 - 202, Berlin: WZB.
- OECD*, 1997: International Benchmarking. Experiences from OECD Countries. Paper Presented at a Conference on International Benchmarking, Copenhagen 20-21 February 1997, Paris: OECD.
- OECD*, div. Jg.: Employment Outlook, Paris: OECD.
- Rosin, Nicole*, 2000: Benchmarking – durch Vergleichbarkeit und Wettbewerb zum beschäftigungspolitischen Erfolg? Teil 2, in: punkt, herausgegeben von der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen des Landes Berlin, 9. Jg., Nr 39, 7-9.
- Schmid, Josef*, 2000: Wie kann man von anderen Ländern lernen?, in: IAW Mitteilungen, Nr. 3, 4-12.
- Schmid, Josef / Blancke, Susanne*, 2001: Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer. Chancen und Restriktionen einer aktiven Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik im Föderalismus, Berlin: Sigma.

- Schütz, Holger / Speckesser, Stefan / Schmid / Günther*, 1998: Benchmarking Labour Market Performance and Labour Market Policies. Theoretical Foundations and Applications, WZB Discussion Paper FS I 98 - 295, Berlin: WZB.
- Schultze, Rainer-Olaf*, 2000: Indirekte Entflechtung: Eine Strategie für die Föderalismusreform?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 31, Nr. 3, 681-698.
- Tidow, Stefan*, 1999: Benchmarking als Leitidee, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 44. Jg., Nr. 3, 301-309.
- Toma, Andrea*, 1997: The European Commission initiatives in the field of benchmarking, in: Tronti, Leonello (ed.); Benchmarking Employment Performance and Labour Market Policies. Final Report. Berlin: Institute for Applied Socio-Economics, 164-174.



## OCCASIONAL PAPERS

- Nr.1: **Schmid, Josef**, Herkunft und Zukunft der Wohlfahrt: Entwicklungspfade zwischen ökonomischem Globalisierungsdruck, staatlicher vermittelter Solidarität und gesellschaftlicher Leistung im Vergleich, 1998, ISBN 3-927604-99-2
- Nr.2: **Cox, Robert Henry**, From Safety Net to Trampoline  
*Labour Market Activation in the Netherlands and Denmark*, 1998  
ISBN 3-927604-98-4
- Nr.3: **Große Hüttmann, Martin / Roth, Christian / Schmid, Josef**,  
*WIP Schwerpunktheft: Policy-Making im Parteienstaat*, 1998  
ISBN 3-927604-97-6
- Nr.4: **Fuhrmann, Nora/ Matschke, Ursula/ Weckenmann, Ruth**,  
*WIP Schwerpunktheft: Frauen und Arbeitsmarkt*, 1999  
ISBN 3-927604-95-x
- Nr.5: **Cox, Robert / Schmid, Josef**,  
*WIP Schwerpunktheft: Reformen in westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten*, 1999  
ISBN 3-927604-96-8
- Nr.6: **Schmid, Josef / Blancke, Susanne (Hrsg.)**,  
*Die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer*, 1999  
ISBN 3-927604-94-1
- Nr.7: **Eissler, Stephan**,  
*Der Prozeß der europäischen Währungsintegration. Vom Werner-Plan zum Vertrag von Maastricht*, 1999  
ISBN 3-927604-93-3
- Nr.8: **Goos, Elisabeth / Schmid, Josef**,  
*Die US-Amerikanische Welfare-Reform*, 1999  
ISBN 3-927604-92-5
- Nr.9: **Zaiser, Helmut**,  
*Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, Dänemark und den Niederlanden*, 1999  
ISBN 3-927604-89-5
- Nr.10: **Rehm, Pilipp**,  
*Unabhängigkeit von Notenbanken – empirische Befunde und öffentliche Meinungen*, 1999  
ISBN 3-927604-91-7
- Nr.11: **Blancke, Susanne / Schmid, Josef / Tiemann, Heinrich / Kaulisch, Thomas**  
*Vom Vergleich zum Lernen. Zwei Beiträge zur materiellen Föderalismusanalyse*, 1999  
ISBN 3-927604-90-9
- Nr.12: **Blancke, Susanne / Schmid, Josef**,  
*Die Bundesländer in der aktiven Arbeitsmarktpolitik*, 2000  
ISBN 3-927604-88-7
- Nr.13: **Rehm, Philipp / Schmid, Josef**,  
*Vier Welten der Beschäftigungsförderung - eine Längsschnittanalyse arbeitsmarktpolitischer Performanz.*, 2001  
ISBN 3 - 927604-87-9
- Nr.14: **Blancke, Susanne / Lindlohr, Andrea / Schmid, Josef**,  
*Wer führt? Ein Benchmarking der Bundesländer nach Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsindikatoren*, 2001.  
ISBN 3-927604-86-0
- Nr.15: **Hülsmann, Joachim / Schmid, Josef / Schöll, Sarah**,  
*Rentenreformen in sechs westeuropäischen Ländern: Ein Blick über den Tellerrand*, 2001
- Nr.16: **Roth, Christian / Maier, Dirk / Resch, Alexandra**,  
*Jobrotation: Begrenzte Varianz im Mehrebenensystem der EU – eine Untersuchung von vier europäischen Ländern - , 2002*
- Nr.17: **Schmid, Josef (Hg.)**,  
*The German Welfare State: Dimensions – Innovations – Comparisons*; 2002

□ Nr. 18: *Huget, Holger*  
Europäische Mehrebenen-Demokratie? : Dezentrale Steuerung und demokratische Legitimation am Beispiel europäischer Beschäftigungspolitik;  
2002



*Der Arbeitsbereich für Politische Wirtschaftslehre / Vergleichende Politikfeldanalyse an der Universität Tübingen ist in Lehre und Forschung vor allem zuständig für die Analyse von materiellen Politiken und Staatsaktivitäten sowie den ökonomischen Grundlagen des politischen Handelns. Den materiellen Schwerpunkt der Forschung bildet die Analyse westlicher Wohlfahrtsstaaten und der Arbeitsmarktpolitik. Weiter Aktivitäten betreffen die Felder Arbeit und Technik; Gewerkschaften und industrielle Beziehungen; Interessenvermittlung; materielle Föderalismusanalyse; Politik und Ökonomie in Großbritannien, in Japan, in kleinen Ländern (Österreich, Schweiz, Niederlande) und in südeuropäischen Ländern; Europäische Sozialpolitik; Konzepte und Methodik der Politikfeldanalyse und des Vergleichs; politisch-ökonomische Ansätze und Theorien (Regulationsschule, Neue Politische Ökonomie, Neuer Institutionalismus).*

**W  
I  
P**

*Occasional Papers des Arbeitsbereichs*

*Politische Wirtschaftslehre und Vergleichende Politikfeldanalyse*